

: Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2022 Jahresbericht



Impressum

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | 53115 Bonn
Tel. 0228 | 9 59 25-10
Fax 0228 | 9 59 25-99
sef@sef-bonn.org
www.sef-bonn.org
Twitter: @sefbonn
Youtube: sefbonn

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2023
Fotos: sef:, S. 17 Dr. Benni Thiebes
Texte: Dr. Marcus Kaplan, Ingo Nordmann, Gerhard Süß-Jung
Redaktion: Elena Harlos, Dr. Marcus Kaplan, Ingo Nordmann, Nora Witt
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Druck
The Happy Printer – Bonn
Gedruckt auf zertifiziertem Papier – FSC und Blauer Engel

Editorial

Das Jahr 2022 stand unter dem Eindruck eines von vielen Menschen nicht für möglich gehaltenen Krieges in Europa. Mit dem Überfall der Ukraine durch Russland am 24. Februar 2022 mussten viele Gewissheiten, die wir in Europa in Bezug auf Frieden und Sicherheit hatten, völlig neu gedacht werden. Dementsprechend haben Deutschland und andere Länder beschlossen, deutlich mehr Geld in ihre militärische Sicherung zu investieren, und Organisationen wie die NATO, der vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron bereits der „Hirntod“ attestiert worden



Dresdner Forum für Internationale Politik 2022 (v.l.n.r.): Tomáš Jelinek (Moderation), Manfred Weber (MdEP), Ministerpräsident Michael Kretschmer

war, haben plötzlich wieder eine ganz neue Bedeutung erlangt. In Deutschland hat Bundeskanzler Olaf Scholz als Reaktion auf den Krieg die „Zeitenwende“ ausgerufen, und auch die bereits vor dem Krieg geplante Entwicklung der Nationalen Sicherheitsstrategie hat eine völlig neue Dimension bekommen.

Gleichzeitig wird der Krieg in Europa in anderen Weltregionen mit ganz anderen Augen gesehen – so hat die Schriftstellerin Nanjala Nyabola aus Kenia beim Policy Lunch der sef: im Mai 2022 eine Auswahl der Kriege und kriegerischen Konflikte aufgezählt, die derzeit auf dem afrikanischen Kontinent wüten. Bei solchen Äußerungen schwingt regelmäßig mit, dass sich Europa niemals ernsthaft für diese Konflikte in anderen Weltregionen interessiert hat, jetzt aber absolute Solidarität von Ländern des sogenannten Globalen Südens erwartet.

Der Krieg hat auch gravierende praktische Auswirkungen rund um den Globus. Hierzu zählen die Reduzierung von Nahrungsmittelexporten aus Russland und der Ukraine und der daraus folgende Anstieg der Lebensmittelpreise, aber auch die rapide steigenden Energiepreise. All diese Effekte trafen auf eine Welt, die sich noch nicht wieder von den Auswirkungen

der COVID-19-Pandemie erholt hat. Und gleichzeitig werden die Auswirkungen des Klimawandels in vielen Teilen der Welt immer deutlicher spürbar.

Diese multiplen Krisen haben uns vor Augen geführt, dass viele Errungenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Krieges, die in Europa und anderen Weltregionen lange als selbstverständlich angesehen wurden, dies eben nicht sind, sondern dass es wichtig ist, sich immer wieder global-gemeinsam Gedanken zu machen, wie wir eine friedliche, nachhaltige und lebenswerte Zukunft im Sinne der Agenda 2030 gestalten können.

Als wir uns in der sef: Gedanken zu unserem Jahresprogramm 2022 gemacht haben, war der Krieg in der Ukraine noch nicht abzusehen gewesen. Daher hat sich die Stiftung in ihrer Arbeit 2022 hauptsächlich den anderen Krisen gewidmet und sich unter dem Titel „Resilienz stärken – Ungleichheiten reduzieren“ eingehend mit den Auswirkungen der Pandemie und des Klimawandels befasst.

So hat sich das Dresdner Forum für Internationale Politik mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Pandemie Ungleichheiten im Globalen Süden weiter verstärkt hat und was zu tun ist, um die Entwicklung umzukehren und wieder „on track“ zur Umsetzung der Prinzipien der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu kommen. Als Antwort auf globale Ungleichheiten und Machtasymmetrien in der Pandemie hat sich die internationale Staatengemeinschaft zum Ziel gesetzt, ein Pandemieabkommen aufzusetzen, dass in Zukunft die Grundlage für eine global koordinierte Antwort bilden soll. Die sef: ist in einem Global Governance Spotlight und einem Policy Lunch der Frage nachgegangen, wie ein solches Abkommen gestaltet werden muss, damit es zu mehr Gerechtigkeit und Solidarität beitragen kann.



Bürgermeisterin Sade Gawanas aus Windhoek im Gespräch mit Moderator Marcus Andreas beim Bonn Symposium 2022

Zum Thema Klimawandel hat sich die sef: beim Berliner Sommerdialog und bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen mit den Verbindungen zwischen Klimawandel und Konflikten auseinandergesetzt. In beiden Veranstaltungen wurde deutlich, wie wichtig ein Austausch über Fachrichtungen und administrative Ebenen hinweg ist – ein Aspekt, den sich die sef: für alle ihre Veranstaltungen auf die Fahne geschrieben hat. Beim Bonn Symposium hat sich die Stiftung mit der immer wichtiger werdenden Katastrophenvorsorge beschäftigt. Hier war der Vergleich von Erfahrungen aus Deutschland – insbesondere durch die verheerenden Überflutungen an der Ahr und im südlichen Nordrhein-Westfalen – mit Erkenntnissen aus anderen Teilen der Welt spannend.

Wir waren sehr froh, dass wir 2022 wieder Veranstaltungen in Präsenz durchführen konnten. Es wurde in letzter Zeit viel über die unbestreitbaren Vorteile von virtuellen Veranstaltungen gesprochen, und die sef: wird diese Vorteile auch in Zukunft weiter für ihre Formate nutzen. Aber die Diskussionen in, zwischen und nach den einzelnen Sessions sowie der intensive Austausch zwischen Menschen mit vollkommen unterschiedlichen Blickwinkeln ist das berühmte „Salz“ in der Konferenz-Suppe, das durch nichts zu ersetzen ist und das in dieser Form nur bei Präsenz-Veranstaltungen funktioniert.

Wir würden uns daher sehr freuen, Sie auf einer unserer Veranstaltungen begrüßen zu dürfen. Sie finden alle relevanten Informationen auf unserer Webseite

oder in unserem ca. alle sechs Wochen erscheinenden sef/INEF-Newsletter, den wir Ihnen sehr gerne zukommen lassen. Wir wünschen Ihnen nun viel Freude sowie spannende Erkenntnisse beim Lesen unseres Jahresberichtes und danken herzlich für die Verbundenheit.

Abschließend möchten wir unserer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass Dialog, Politik und Diplomatie wieder die Oberhand gewinnen, auf dass wir uns wieder gemeinsam den großen Herausforderungen unserer Zeit widmen können, um nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Hierfür wird sich auch die sef: weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.



Oliver Krauß MdL
Vorsitzender des Vorstands



Dr. Marcus Kaplan
Geschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

sef: 2022

Editorial	1
----------------------------	---

sef: Jahresfokus 2022

„Resilienz stärken – Ungleichheiten reduzieren“	5
--	---

sef: Schwerpunktthemen

Fokus Pandemie

Die Pandemie als mehrdimensionale Krise – Ansätze für erfolgreiche internationale Reaktion und Prävention	8
Mehr Kooperation und Gerechtigkeit in der globalen Gesundheitsarchitektur? Ein neuer internationaler Vertrag zur Pandemieprävention	10
Globale Trends.Analysen 2 2022 COVID-19 und digitaler Autoritarismus: Risiken erkennen, Gegenmaßnahmen ergreifen	12

Fokus Klimawandel

Klimawandel und Konflikte – Präventive Strategien afrikanischer Regionalorganisationen	13
Environmental Peacebuilding – Zusammenhänge zwischen Umwelt und Konflikten verstehen.	15
Kommunale Lösungen für globale Risiken: Katastrophenvorsorge für nachhaltige Entwicklung.	16
Halbzeitbilanz zum Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge: Handlungsempfehlungen bis 2030 und darüber hinaus	18

Fokus Global Governance für globale Krisen

Das Völkerrecht neu beleben: Das multilaterale System zukunftsfähig machen	19
Angemessene Finanzierung ist eine Grundlage für die Umsetzung der Agenda 2030	20
Gesellschaftlicher Polarisierung aktiv begegnen: Mit Dialog und klarer Kante?	21
Der falsche Kampf gegen <i>Fake News</i> – Gesetze gegen Desinformation und Attacken auf die Pressefreiheit	22

sef: Zusammenfassung und Ausblick

Die Welt im Krisenmodus – Auswirkungen auf die Arbeit der sef:	23
---	----

sef: Finanzen

Finanzbericht	26
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2022	27
Bilanz zum 31.12.2022	28

sef: Intern

sef: Gremien	30
sef: Team	32
Kooperationen und Förderungen 2022	32
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2022	33

: sef: Jahresfokus 2022

sef: Jahresfokus 2022

Resilienz stärken – Ungleichheiten reduzieren

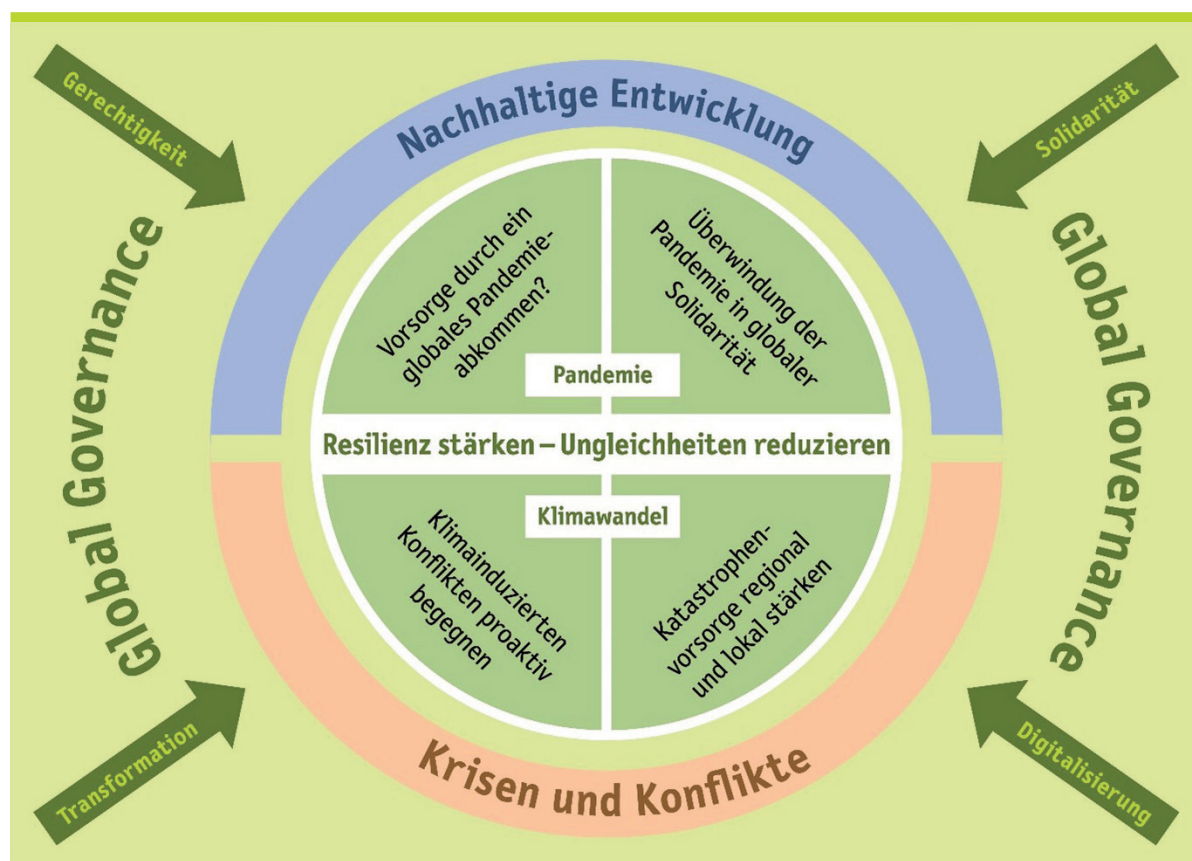
Da die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften, aber auch von politischen Systemen, derzeit verstärkt auf die Probe gestellt wird, hat die sef: im Jahr 2022 ihrem Jahresprogramm den Fokus „Resilienz stärken – Ungleichheiten reduzieren“ gegeben. Als der Ukraine-Krieg im Februar begann und vielfältige Auswirkungen und Probleme rund um den Globus mit sich brachte, waren viele Menschen und Regierungen weltweit noch damit beschäftigt, die Folgen der Corona-Pandemie zu verarbeiten. Und weitere Krisen halten die internationale Gemeinschaft in Atem: während es weiterhin notwendig ist, die globalen Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren, werden die inzwischen unabwendbaren und immer stärker spürbaren Folgen des Klimawandels sehr viel größere Anpassungsleistungen erforderlich machen als bisher. Lokale Strategien und Lösungsansätze auf allen Ebenen der Politik, die langfristige Wirksamkeit über kurzfristige Effizienz stellen, werden hierfür grundlegend sein.

Zugleich hat gerade die Corona-Pandemie erneut in aller Deutlichkeit gezeigt, dass Resilienz – ob auf lokaler Ebene oder im globalen Maßstab – durch verschiedene Formen von Ungleichheiten wesentlich beeinflusst wird. Diese müssen deshalb stets mitgedacht und aktiv angegangen werden, aus ethischer und menschenrechtlicher Verantwortung sowie

um den Zusammenhalt von Gesellschaften und das friedliche Miteinander in der Weltgemeinschaft zu stärken.

Unter diesem Fokus hat die sef: 2022 zwei zentrale Herausforderungen unserer Zeit in den Blick genommen: die COVID-19-Pandemie und den Klimawandel. Zur Zeit der Entwicklung dieses Jahresfokus war der Angriff Russlands auf die Ukraine noch nicht erfolgt, weshalb sich dieses Thema nicht in der Planung widerspiegelt. Dennoch war der russische Angriffskrieg in den verschiedenen Diskussionen präsent und hat in vielen Fällen zusätzlich die Dringlichkeit verdeutlicht, gemeinsame Lösungen für bestehende globale Probleme zu finden.

Die Pandemie bestimmte ca. zwei Jahre die öffentliche Aufmerksamkeit und ließ andere Themen, nicht zuletzt den Klimawandel, zwischenzeitlich in den Hintergrund treten. Daraus ergaben sich zwei Fragenkomplexe, die in unterschiedlichen Formaten aufgegriffen wurden. Zum einen stellt sich die Frage, wie sich die internationale Gemeinschaft künftig besser auf Pandemien vorbereiten kann, um nicht Gefahr zu laufen, in absehbarer Zeit erneut von einem derartigen Ereignis überrollt zu werden (Stärkung der internationalen Resilienz). Hierfür wird derzeit ein globales Pandemieabkommen erarbeitet.



Ein wichtiges Kriterium zur Bewertung eines solchen Abkommens wird es sein, inwieweit es dazu beitragen kann, künftigen Pandemien in globaler Solidarität zu begegnen.

Die weltweiten Folgen der aktuellen Pandemie sind vielschichtig; sie reichen von der Überlastung der Gesundheitssysteme über wachsende Armut bis hin



Blick vom VN-Campus Bonn auf das alte Regierungsviertel mit dem World Conference Center

zur Begünstigung autoritärer Tendenzen. Die sef: hat sich daher auch mit der Frage auseinandergesetzt, wie die mehrdimensionalen Folgen der Pandemie überwunden werden können und was daraus für die Neuausrichtung und Stärkung der internationalen Zusammenarbeit folgt, wie sie der Generalsekretär der Vereinten Nationen mit seinem Bericht „Our Common Agenda“ anstrebt. Im Sinne des sef: Jahres-

fokus lag ein Augenmerk darauf, wie Ungleichheiten im internationalen System überwunden werden können.

Die Widerstandsfähigkeit zu stärken und Ungleichheiten innerhalb und zwischen Gesellschaften zu verringern, sind auch zwei der wesentlichen Herausforderungen im Umgang mit den Folgen des Klimawandels, der – gemeinsam mit dem fortschreitenden Verlust der Biodiversität – die größte Herausforderung für das Überleben der Menschheit darstellt. Die sef: hat im Jahr 2022 zwei Aspekte besonders betrachtet. Zum einen nehmen klimabedingte Extremwetter-Ereignisse an Häufigkeit und Intensität zu. Ob sie in Katastrophen enden, hängt wesentlich davon ab, wie gut Gesellschaften darauf vorbereitet sind. Der Katastrophenvorsorge kommt daher gerade auf lokaler und regionaler Ebene eine wachsende Bedeutung zu. Hier war es das Ziel der sef:, Impulse zu geben, indem sie erfolgreiche Beispiele lokaler Vorsorge vorstellt und neueste wissenschaftliche Erkenntnisse mit politischen Praktikerinnen und Praktiker diskutiert.

Sowohl die Folgen des Klimawandels als auch die Maßnahmen zu dessen Bekämpfung lösen Prozesse aus, die Konflikte verursachen oder verschärfen können. Diesem Aspekt hat sich die sef: 2022 ebenfalls zugewandt. Dabei war es das Ziel, Instrumente zu identifizieren, die dabei helfen, Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen und mögliche Gegenmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. So ist es keineswegs zwingend, dass sich mit dem Klimawandel und vorherrschenden Konflikten zwei negative Trends gegenseitig verstärken. Mit dem Ansatz des *Environmental Peacebuilding* kann der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels auch als einendes Element wirken, gerade auf lokaler Ebene.

**• sef: Schwerpunkt-
themen**

Fokus Pandemie

„Global health governance is still influenced by colonial relationships and dependencies“

Professorin Anna Holzscheiter beim Policy Lunch im Dezember 2022

Die Pandemie als mehrdimensionale Krise – Ansätze für erfolgreiche internationale Reaktion und Prävention

Mit der Corona-Pandemie, die innerhalb von wenigen Monaten alle Kontinente erfasste, entstand eine globale Bedrohung von bislang ungekanntem Ausmaß. Sie zeigte nicht nur die hohe Verletzlichkeit von Menschen und Staaten in einer vernetzten Welt, sondern auch die große Ungleichheit in und zwischen Gesellschaften – nicht nur, aber vor allem auch im Globalen Süden. Zugleich hat die Erkenntnis, dass niemand sicher ist, solange nicht alle sicher sind, die Notwendigkeit solidarischen Handelns und einer verstärkten internationalen Kooperation, u.a. im Bereich der globalen Gesundheit, deutlich gemacht. Beim Dresdner Forum für Internationale Politik 2022 diskutierten internationale Expertinnen und Experten, welche Weichenstellungen im Bereich der internationalen Gesundheitspolitik erforderlich sind und welche Lehren wir aus der Corona-Pandemie für eine künftige globale Zusammenarbeit ziehen müssen.

Globale Zusammenarbeit und Solidarität in Sachsen

In seiner Begrüßung betonte Oliver Schenk, Chef der sächsischen Staatskanzlei, dass die Corona-Pandemie gezeigt habe, dass Gesundheit eine globale Angelegenheit sei. Deshalb widme sich der Freistaat Sachsen gemeinsam mit seinen Partnern auch der Frage, wie Deutschland durch Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden widerstandsfähiger werden könne. „Nur durch ein Zusammenstehen der Weltgemeinschaft kann diese Pandemie überwunden werden“, so Schenk. Dazu habe Sachsen bereits zu Beginn der Pandemie seinen Teil beigetragen, erläuterte Marian Wendt, ehemaliges Bundestagsmitglied und zukünftiger Chef des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Athen. So seien im März 2020 zahlreiche Patientinnen und Patienten aus dem Raum Bergamo in Italien nach Sachsen verlegt und dort versorgt worden.

Ein weiteres Beispiel für die sächsische Zusammenarbeit mit der Welt nannte Christoph Lübbert, Leiter des Zentrums für Infektionsmedizin des Universitätsklinikums Leipzig. Er berichtete von lebendigen medizinischen Partnerschaften auf Augenhöhe mit Kliniken in Uganda, die vom Freistaat gefördert werden. Von großer Bedeutung sei bei diesen

Partnerschaften der *One Health*-Ansatz, also die Überzeugung, dass die Gesundheit von Menschen in verschiedenen Weltregionen, sowie die von Tieren und der Umwelt eng miteinander zusammenhängen.

One Health oder „Impfstoff-Nationalismus“?

Der *One Health*-Ansatz könne eine angemessene Reaktion auf die globale, wechselseitige Abhängigkeit und Verletzlichkeit sein, die uns die Pandemie vor Augen geführt habe, betonte die ehemalige Präsidentin



Moderatorin Ute Lange (links) im Gespräch mit María Espinosa beim Dresdner Forum für Internationale Politik 2022

tin der Generalversammlung der Vereinten Nationen und Mitglied der Lancet Covid-19-Kommission, María Fernanda Espinosa. Dem stehe allerdings der „Impfstoff-Nationalismus“, den einige europäische Länder während der Pandemie an den Tag gelegt hätten, entschieden entgegen. Achal Prabhala, Koordinator von AccessIBSA, ergänzte, reiche Länder hätten dringend Impfstoffe für vulnerable Gruppen im Globalen Süden bereitstellen müssen, nachdem sie gefährdete Personen in den eigenen Ländern geimpft hatten. Dies wäre nicht nur fair, sondern auch im Interesse der Länder des Globalen Nordens gewesen.

Dieser Egoismus habe laut Roberto Bissio, Koordinator von Social Watch, zu einer Spaltung und einem Vertrauensverlust zwischen den Weltregionen beigetragen. Europa habe „keine Idee“, wie tief diese Spaltung sei, die sich nun auch in anderen Politikfeldern zeige. So sei die fehlende Unterstützung vieler südlicher Länder für die westlichen Sanktionen gegen Russland auch in diesem Vertrauensverlust begründet.

Die Pandemie und ihre Auswirkungen auf andere globale Krisen

Sophie Eisentraut, Autorin der Studie „Covid-19 als Polypandemie“ der Münchner Sicherheitskonferenz, betonte, wie wichtig es sei, über die Folgen der Pandemie zu sprechen, auch wenn diese zunehmend aus den Schlagzeilen verschwinde. Die Pandemie habe viele weitere Krisen ausgelöst und verstärkt, wie etwa im Bereich der Ungleichheit oder der Ernährungssicherheit. Daher müsse man von einer „Polypandemie“ sprechen, die auch im Angesicht des Ukrainekriegs nichts an Bedeutung eingebüßt habe. Im Gegenteil – durch den Krieg würden viele der durch Covid verursachten Krisen weiter verschärft.

Ein möglicher Lösungsansatz könne in der Auswertung großer Datenmengen und der Nutzung künstlicher Intelligenz liegen, erklärte Oliver Morgan, Direktor für Pandemie- und Epidemie-Informationssysteme bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese Methoden könnten bei zukünftigen Pandemien Präventionsmaßnahmen unterstützen und die Folgen abmildern. Daher habe die WHO den WHO Pandemic Hub gegründet, eine Austauschplattform, um mit Akteuren aus verschiedenen Sektoren zusammenzuarbeiten.

Andrea Ordóñez, Direktorin des Think Tank-Netzwerks Southern Voice, ergänzte, die Pandemie habe bewiesen, dass öffentliche Gelder schnell und un-



Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden (v.l.n.r.): Ministerpräsident Michael Kretschmer, Moderator Tomáš Jelínek und Manfred Weber MdEP

kompliziert bereitgestellt werden könnten, wenn sie unbedingt gebraucht werden. Es sei daher dringend geboten, zu überlegen, in welchen anderen Bereichen dies ebenfalls der Fall sein könne. Anna Holzscheiter, Professorin an der Technischen Universität Dresden, ergänzte, dass nun ein guter Zeitpunkt für Politikerinnen und Politiker aller Weltregionen sei, kritisch zu hinterfragen, welche Strategien erfolgreich ge-



Interview mit Mathias Anderson, Geschäftsführer von arche noVa, beim Dresdner Forum für Internationale Politik 2022

wesen seien und welche Änderungen an der globalen Gesundheitsarchitektur vorgenommen werden sollten, um zukünftigen Pandemien besser begegnen zu können. Eine Chance dafür könne ein globaler Pandemievertrag sein, zu dem die Verhandlungen 2023 beginnen sollen.

Perspektiven für ein solidarisches Europa – Abendveranstaltung in der Frauenkirche

In diesem Jahr wurde die Fachkonferenz durch eine Abendveranstaltung in der Frauenkirche Dresden mit dem Titel „Krisen als Weckruf? Perspektiven für ein solidarisches Europa“ ergänzt. Dort diskutierten der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer mit dem Vorsitzenden und Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, welche Lehren aus der Pandemie für die innereuropäische Solidarität zu ziehen sind. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Tomáš Jelínek, Geschäftsführer des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Ministerpräsident Kretschmer plädierte dafür, Differenzen zwischen verschiedenen Regionen zu überwinden: „Wir müssen Ost und West, die zwei Lungenflügel Europas, zusammenbringen, damit der Kontinent mit ganzer Kraft atmen kann“. Manfred Weber betonte die essenzielle Bedeutung der Zusammenarbeit in Europa im Kontext des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Nur ein geeinter Kontinent könne angemessen auf externe Bedrohungen reagieren und auch bei innenpolitischen Fragen, etwa in Bezug auf einen möglichen Gasmangel, zu solidarischen Lösungen kommen. Dafür müsse internationale Solidarität vor nationalen Egoismus gestellt werden, damit der Kontinent gestärkt aus den sich wechselseitig beeinflussenden Krisen hervorgehen könne.

Mehr Kooperation und Gerechtigkeit in der globalen Gesundheitsarchitektur? Ein neuer internationaler Vertrag zur Pandemieprävention

Wie beim Dresdner Forum 2023 betont worden war, hatten die Länder rund um den Globus unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung, um die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie zu bewältigen. Dies lässt auf Ungleichheiten in der globalen Gesundheitsarchitektur schließen.

Um für künftige Pandemien gerüstet zu sein, beginnen Anfang 2023 die Verhandlungen über ein neues globales Pandemieabkommen. Anna Holzscheiter, Professorin für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden, erörtert im Global Governance Spotlight 3|2022, ob ein solches Abkommen den hohen Erwartungen gerecht werden kann, und ob es geeignet ist, globale Gleichheit und Gerechtigkeit zu fördern.

Zu diesem Thema führte die sef: im Dezember 2022 online einen Policy Lunch durch, in dem die Autorin diese Fragen gemeinsam mit Dr. Americo Beviglia Zampetti, Berater für globale Gesundheitsfragen der Delegation der Europäischen Union (EU) bei den Vereinten Nationen, und Dr. Remco van de Pas, Senior Research Associate am Zentrum für Planetare Gesundheit (CPHP), diskutierte. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Cornelia Ulbert, Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen.

Das angestrebte internationale Abkommen zur Pandemieprävention soll „einen umfassenden und kohärenten Ansatz zur Stärkung der globalen Gesundheitsarchitektur“ etablieren. Dafür wurde ein zwischenstaatliches Verhandlungsgremium (INB) eingerichtet, das bis April 2024 einen Text für das Übereinkommen ausarbeiten soll.

Herausforderungen des neuen Pandemieabkommens

Als größte Herausforderungen nennt Frau Holzscheiter in dem Spotlight die institutionelle Komplexität im globalen Gesundheitssystem sowie das fragmentierte Rechtssystem, die derzeit schwierige geopolitische Lage sowie die Herausforderung, „ein umfassendes Konzept von Gleichberechtigung und globaler Gerechtigkeit umzusetzen - ein Konzept, das Gleichstellungsfragen, Antirassismus und sozioökonomische Gleichheit einschließt“. Vor diesem Hintergrund zeigte auch die Diskussion beim Policy Lunch, dass die Erwartungen an das Abkommen insgesamt nicht sehr hoch sind. Die Gründe für diese Skepsis waren jedoch bei den Diskutierenden unterschiedlich.

Cornelia Ulbert betonte zu Beginn der Diskussion, dass die internationale Gemeinschaft während der COVID-19-Pandemie versagt habe, da viele Länder, insbesondere aus dem Globalen Norden, die Pandemie als eine Sicherheitsfrage betrachteten, ihre Grenzen schlossen und medizinische Ausrüstung sowie später Impfstoffe für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger sicherten. Dieses Verhalten habe das Vertrauen zwischen den verschiedenen Weltregionen empfindlich gestört. Daher würden die Verhandlungen über einen Pandemievertrag – insbesondere von Ländern des Globalen Südens – als Gradmesser dafür angesehen, wie viel Bedeutung die internationale Gemeinschaft den Interessen der ärmeren Mitgliedsstaaten wirklich beimisst.

Die Komplexität der globalen Gesundheitspolitik

Holzscheiter erläuterte beim sef: Policy Lunch die Hauptargumente ihres Spotlights. So sei die globale Gesundheitspolitik nach wie vor von kolonialen Strukturen und Abhängigkeiten geprägt. Das Projekt, ein Abkommen zur Pandemieprävention auszuhandeln, sei maßgeblich von einer Gruppe „liberaler Regierungen“, hauptsächlich aus der EU, initiiert worden. Es stoße daher bei vielen Ländern des Globalen Südens, die während der Pandemie bereits mehr als ein Jahr in großer Not und bei wachsender Ungleichheit erlebt hatten, auf Skepsis.

Dann habe das INB die Verhandlungen über den ersten Entwurf des Abkommens aber ungewöhnlich inklusiv gestaltet. Der Entwurf adressiere Aspekte von Ungerechtigkeit und Machtungleichgewichten,

: Global Governance Spotlight

3 | 2022

(K)ein Allheilmittel zur Reform der Globalen Gesundheitspolitik – Versprechen und Gefahren eines neuen Pandemievertrags

sef:

Anna Holzscheiter

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses sef: Global Governance Spotlight tagt das zwischenstaatliche Verhandlungsgremium (Intergovernmental Negotiating Body, INB) der Weltgesundheitsorganisation (WHO), um den Vorentwurf (Zero Draft) eines neuen Vertrags zur Bekämpfung von Pandemien zu diskutieren. Die Erwartungen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen an diesen neuen Pandemievertrag sind zweifellos hoch. Nach über zwei Jahren globaler Krise, die sich als weit mehr als eine bloße Gesundheitskrise entpuppt hat, bietet sich jetzt ganz offensichtlich eine einzigartige Gelegenheit, die internationale Zusammenarbeit zu verbessern und neue globale Gesundheitsregeln zu formulieren. Gleichzeitig werden jedoch die Hoffnungen, die viele Akteur*innen und Institutionen – staatliche wie nichtstaatliche – mit diesem Vertrag in sie verbinden, durch eine Reihe von Faktoren erheblich getrübt. Diese Faktoren führen dazu, dass die Schaffung neuer internationaler Regeln für den Umgang mit gesundheitlichen Notfallsituationen mindestens eine große Herausforderung, wenn nicht gar unwahrscheinlich wird. Hier möchte ich drei Aspekte hervorheben, die für ein besseres Verständnis des Kontextes der Verhandlungen der Verhandlungen über den Pandemievertrag besonders relevant sind: der Mangel an international verbindlichen Rechtsvorschriften im Bereich der globalen Gesundheit, einschließlich rechtlicher und institutioneller Fragmentierung und Komplexität; geopolitische Entwicklungen und Machtkämpfe; und Fragen der Gleichberechtigung und globalen Gerechtigkeit. Anhand dieser Parameter wird aufgezeigt, dass ein neues internationales Instrument zur Bewältigung künftiger Pandemien, sofern es denn zustande kommt, sowohl vielversprechend als auch problematisch sein kann.

Kontext der Verhandlungen über den neuen Pandemievertrag

Viren kennen keine Grenzen - Infektionskrankheiten sind ein Musterbeispiel für globale Interdependenzen, ihre Prävention und Bekämpfung ein klassisches Beispiel für globale Gemeinschaftsgüter. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts waren Infektionskrankheiten wie Cholera, Pest und Gelbfieber der Ausgangspunkt für die ersten internationalen Gesundheitsvereinbarungen. Jede weitere globale Gesundheitskrise, die von einer Infektionskrankheit ausgelöst wurde, hat zu neuen internationalen Vereinbarungen und einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Regierungen geführt. Insofern überrascht es nicht, dass die weltweit rasante Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus und die damit verbundenen unerwarteten und außererwartlichen Auswirkungen auf das Leben und die Existenzgrundlage unzähliger Menschen intensive Anstrengungen ausgelöst haben, bestehende Institutionen zu reformieren und zu verbessern sowie neue zu schaffen.

Die COVID-19-Pandemie hat gravierende Defizite in den institutionellen Strukturen der globalen Gesundheit sichtbar gemacht. Dies betrifft unter anderem die Grenzen der Interheitsvorschriften und der Instanz der WHO; fehlende Durchsetzungsmechanismen der WHO; Gleichberechtigung und Solidarität von Impfstoffen und anderen Faktoren, einen neuen globalen Pakt zu handeln, geht maßgeblich von:



die hauptsächlich von Nicht-OECD Staaten aus dem Globalen Süden eingebracht wurden. Aus diesem Grund stoße der Entwurf wiederum bei vielen OECD-Ländern auf heftigen Widerstand.

Gemäßigte Erwartungen und vorsichtiger Optimismus

Americo Beviglia Zampetti relativierte aus Sicht der EU die Erwartungen an das Abkommen im Allgemeinen und betonte, dass es nicht als Allheilmittel für die Herausforderungen im globalen Gesundheitssektor dienen könne und solle. Das bescheidenere Ziel bestehe vielmehr darin, die internationale Zusammenarbeit zwischen den WHO-Mitgliedstaaten in

habe es strukturelle Fehler gegeben, die nicht durch die Einführung neuer Normen behoben werden könnten.

Wie hoch sind die Chancen für eine Einigung?

Zusammenfassend fragte Frau Ulbert die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer, wie sie die Chancen für ein internationales Abkommen sehen. Anna Holzscheiter antwortete, dass sie skeptisch sei, was den engen Zeitplan angehe. Wenn der Vertrag, wie derzeit geplant, bis 2024 verabschiedet werde, bedeute dies, dass er wahrscheinlich inhaltlich eher unbedeutend sein werde; aufgrund der begrenzten Zeit, die zur Verfügung stehe, würden die Länder nur über Themen entscheiden, über die man sich leicht einigen könne, was nur zu wenigen wirklichen Fortschritten führen werde.

Im Spotlight plädiert sie zudem für einen inklusiven Verhandlungsprozess und fordert von der Bundesregierung normative Kohärenz, um als ernsthafter und glaubwürdiger Befürworter des neuen Pandemievertrages wahrgenommen zu werden. Denn wenn sich Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten in der WHO weiterhin gegen eine Ausnahmeregelung für den COVID-19-Impfstoff ausspreche, so Holzscheiter, wie ernsthaft könne dann der deutsche Einsatz für das Menschenrecht auf Gesundheit, Gerechtigkeit und die Konsolidierung der Gesundheitssysteme angesehen werden?

Americo Zampetti stimmte zu, dass der Zeitrahmen sehr knapp bemessen sei. Das Abkommen könne schon als Erfolg gewertet werden, wenn es zu schrittweisen Verbesserungen bei Prävention und Reaktion vor Ort führe. Remco van de Pas verknüpfte schließlich den möglichen Erfolg eines Abkommens mit der Bereitschaft des Westens, sich stärker auf gemeinsame Interessen in der ganzen Welt zu konzentrieren und Finanzmittel für besonders gefährdete Länder bereitzustellen.

Somit haben sowohl der sef: Policy Lunch als auch Professorin Holzscheiters Spotlight gezeigt, dass das Pandemieabkommen kein Allheilmittel, sondern von vielen strukturellen Limitierungen geprägt sein wird. Dennoch stellt es einen wichtigen Schritt dar, um die Bekämpfung von Pandemien in Zukunft global zu organisieren und institutionell zu begleiten. So kann es hoffentlich zur Verbesserung der Pandemieprävention und -bekämpfung ebenso wie zum Vertrauensaufbau zwischen verschiedenen Weltregionen beitragen.



sef: Policy Lunch 12/2022 (im Uhrzeigersinn): Remco van de Pas, Cornelia Ulbert (Moderation), Anna Holzscheiter und Americo Beviglia Zampetti

Bezug auf Bereitschaft, Prävention und Reaktion bei künftigen Pandemien zu verbessern. In dieser Hinsicht seien die Verhandlungen und der Vertrag als Ergänzung zur Stärkung der internationalen Gesundheitsvorschriften zu sehen.

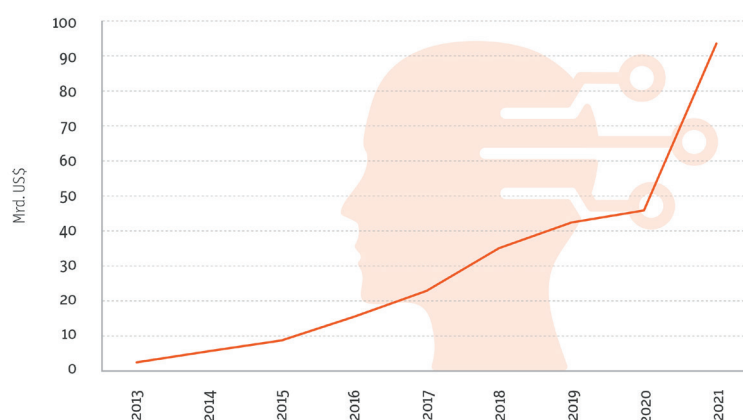
Remco van de Pas erinnerte daran, dass es erhebliche Skepsis gebe, ob ein internationales Abkommen zur Pandemieprävention wirklich notwendig sei. Stattdessen könnten auch bestehende Regeln und Vorschriften besser umgesetzt werden, ohne einen weiteren Regulierungsprozess zu schaffen. Die Geschichte zeige, dass Länder, die internationale Gesundheitsvorschriften entwickelt haben, auch diejenigen waren, die diese ignorierten, sobald es um ihre eigenen Interessen ging. In der Vergangenheit

Globale Trends.Analysen 2|2022 COVID-19 und digitaler Autoritarismus: Risiken erkennen, Gegenmaßnahmen ergreifen

Die Fortschritte in den digitalen Technologien wirken sich positiv auf verschiedene Bereiche unseres Lebens aus, können aber auch Unterdrückung und autoritäre Tendenzen fördern. Die COVID-19-Pandemie hat die Bedrohung durch einen „digitalen Autoritarismus“ verstärkt, und zwar nicht nur in bereits autoritären Regimen, sondern auch in etablierten Demokratien. Ahmed Maati analysiert diese Risiken im Globale Trends.Analysen 2|2022 und gibt Handlungsempfehlungen für verschiedene Akteure.

Maati zeigt auf, dass Fortschritte im Bereich der digitalen Technologien in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass sie weltweit die Privatsphäre und

Infolge der Pandemie wurde verstärkt in die Entwicklung und Verbesserung von technologischen Kapazitäten investiert
Gesamtinvestitionen der führenden Länder in KI 2013–2021



Hinweis: Der Stanford AI Index untersucht 29 Länder, die in der KI-Entwicklung weltweit führend sind. Dazu gehören unter anderem China, Deutschland, Indien, Japan, Malaysia, Russland, Singapur, Südkorea, Spanien und die USA.

Quelle: Stanford AI Index 2022a

die Freiheit von Nutzerinnen und Nutzern bedrohen. Darüber hinaus können sie sogar Unterdrückung und autoritäre Tendenzen fördern. Der Autor hebt drei Merkmale digitaler Technologien hervor, die sie anfällig für Autoritarismus machen: die weitreichenden Möglichkeiten dieser Technologien, ihre Verankerung in einem bestärkenden Umfeld und das generell fehlende Wissen der Bevölkerung in Bezug auf digitale Technologien und deren Möglichkeiten.

Globale Trends Analysen

Ahmed Maati

COVID-19 und
digitaler Autoritarismus:
Risiken erkennen,
Gegenmaßnahmen ergreifen

02 2022



Dies wurde insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie deutlich: So haben verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Bürgerrechtsgruppen vor den zunehmenden Gefahren eines „digitalen Autoritarismus“ gewarnt. Die Pandemie, so ihre Befürchtung, biete etwa Diktaturen die Chance, die kontrollierende Nutzung digitaler Technologien zu etablieren und zu normalisieren, um so z.B. die Überwachung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verstärken.

Gleichzeitig betont Maati aber auch, dass diese Entwicklung Demokratien die Möglichkeit gebe, das Bewusstsein für die Gefahren des digitalen Autoritarismus zu schärfen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den autoritären Tendenzen dieser Technologien entgegenzuwirken. In seinem Beitrag entwickelt er Empfehlungen für verschiedene Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, um der Öffentlichkeit und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern diese Problematik näherzubringen und das Interesse zu nutzen, das die Corona-Pandemie für das Thema des digitalen Autoritarismus generiert hat.

Fokus Klimawandel

„You [Europeans] are talking about the future; we don't even have a present“

Teilnehmerin bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2022

Klimawandel und Konflikte – Präventive Strategien afrikanischer Regionalorganisationen

Wie verhalten sich Klimawandel und Konflikte in Afrika zueinander, und wie verschärfen sie sich gegenseitig? Wie kann der Austausch zwischen Politik und lokaler Bevölkerung sichergestellt werden? Wie kann die Kluft zwischen dem auf Klimaschutz (Minderung) fokussierten Globalen Norden und dem Globalen Süden, für den Anpassung von größerer Bedeutung ist, überwunden werden? Und warum wirken sich Klimawandel und Konflikte auf Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise aus? Antworten auf diese und weitere Fragen wurden bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2022 gegeben, die in vier Sitzungen zwischen dem 29. März und dem 7. April 2022 online stattfanden.

70 % der am stärksten vom Klimawandel gefährdeten Länder gehören auch zu den Ländern mit den größten Sicherheitsrisiken, erklärte Lukas Rüttinger, Senior Advisor bei Adelphi. Er fügte hinzu, dass der Klimawandel zwar nicht direkt zu mehr Konflikten führe, aber mit anderen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Belastungen wie Ernährungsunsicherheit, Ungleichheit und unkontrollierter Urbanisierung zusammenwirke. Diese verschärften ihrerseits die Ursachen für gewaltsame Konflikte, insbesondere in ohnehin schon fragilen Kontexten.

Philip Attuquayefio von der Abteilung für Politische Angelegenheiten, Frieden und Sicherheit der Kommission der Afrikanischen Union (AU) erklärte, dass Politikerinnen und Politiker im Tschadseebecken (wo er arbeitet) nicht mehr fragten, ob der Klimawandel in Sicherheitsfragen eine Rolle spiele oder nicht. Dafür sähen sie seine Auswirkungen in ihrer täglichen Arbeit zu deutlich. Als Beispiel nannte Attuquayefio die Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen um den Zugang zu natürlichen Ressourcen in der Sahelzone, die durch den Klimawandel dramatisch verschärft würden. Er wies auf die Bemühungen der AU hin, diese Herausforderungen zu bewältigen, was sich in regelmäßigen Sitzungen ihres Friedens- und Sicherheitsrates zu diesem Thema widerspiegele.

Klimawissen zugänglich machen

Lokale Gemeinschaften müssten dringend in die Lage versetzt werden, sich an ein bereits verändertes Klima und seine Folgen anzupassen, argumentierte Linda Ogallo. Sie arbeitet im Zentrum für Klimavorhersage des Intergovernmental Authority on Deve-

lopment (IGAD), einer supranationalen Organisation am Horn von Afrika. IGAD unterstützt Gemeinden beispielsweise durch Lehrgänge, in denen die lokale Bevölkerung lernt, mit den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels umzugehen.

Sie würden etwa befähigt, so Ogallo, Wettervorhersagen präzise zu interpretieren und daraufhin landwirtschaftliche Praktiken zu ändern. Zum Beispiel könnten Sie durch die Umstellung auf dürreresistente Pflanzen in vielen Fällen höhere Erträge erzielen. IGAD lege dabei großen Wert auf die Übersetzung relevanter Informationen in lokale Sprachen. Sie hätten auch Partnerschaften mit lokalen Radiosendern initiiert, da Radiosendungen oft der beste Weg seien, die Menschen zu erreichen.

Auswirkungen des Klimawandels auf Friedensmissionen

80 % des Personals von VN-, AU- oder EU-Friedensmissionen würden in klimatischen Krisengebieten eingesetzt, erklärte Florian Krampe, Programmdirektor am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). Die Missionen müssten daher Umweltfaktoren von Anfang an berücksichtigen. Christophe Hodder, VN-Berater für Klimasicherheit und Umwelt in Somalia, erklärte, wie dies in der Praxis aussehen könnte. Er ist der erste Umweltberater, der bei einer friedensfördernden Mission eingesetzt wird und arbeitet mit VN-, EU- und AU-Truppen sowie Polizei- und Militärbehörden zusammen, um öko-

Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“, Konkurrenz um Land: Ansätze für einen konflikt-sensiblen Klimaschutz; 24. März 2022

Land ist in vielen Ländern und Regionen knapp und entsprechend begehrt. Das gilt auch für das Bundesland Brandenburg und viele Regionen in Mosambik. Mit dem stark steigenden Bedarf an erneuerbaren Energien zur Erreichung der globalen Klimaziele tritt seit einigen Jahren verstärkt ein weiterer Mitbewerber um die Ressource Land in Erscheinung. Wie können Konflikte um Land dauerhaft friedlich gelöst und dabei Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung in all ihren Dimensionen in Einklang gebracht werden?

Darüber diskutierten beim zweiten Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“ Marisa Balas, Beraterin und Forscherin zu Ungleichheit beim Zugang zu Land aus Maputo, Mosambik; Willi Lehnert, Geschäftsführer des Bündnis Junge Landwirtschaft e.V., Berlin; und Dr. Fritz Reusswig, Wissenschaftler am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), unter der fachkundigen Moderation von Dr. Tanja Busse, Hamburg.

logische Friedensförderung voranzutreiben. Dieses Konzept zielt darauf ab, Wege der Zusammenarbeit zwischen verfeindeten Gruppen zu eröffnen, die mit denselben klimabedingten Risiken konfrontiert sind.

So wurden beispielsweise die Uferbegrenzungen des



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2022 (im Uhrzeigersinn): Moderatorin Angelika Spelten im Gespräch mit Kokebe Hailegabriel, Linda Adhiambo Ocho und Atle Solberg

Shebelle-Flusses wiederhergestellt, um die Auswirkungen der oft verheerenden jährlichen Überschwemmungen zu verringern. Dies geschah in Zusammenarbeit zwischen Friedensarbeiterinnen und -arbeitern sowie lokalen Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorstehern und brachte verschiedene Clans zusammen, die normalerweise miteinander konkurrieren. Auf diese Weise habe der Schutz der Umwelt in der Region auch die Friedensarbeit gefördert.

Klimaschutz oder Klimaanpassung? Ein Nord-Süd-Gefälle

In der vierten Sitzung der Konferenz wurde ein wesentlicher Unterschied in der Art und Weise deutlich, wie Afrika und Europa auf die Klimakrise blicken. Während Europa die Eindämmung des Klimawandels priorisiert und sich darauf konzentriert, wie gegenwärtige und zukünftige CO₂-Emissionen reduziert werden können, ist Afrika viel mehr mit der Anpassung und dem Aufbau von Resilienz beschäftigt und versucht, mit den tagesaktuellen Herausforderungen umzugehen.

Kamal Amakrane, Direktor der Africa Climate Mobility Initiative, erläuterte, warum der europäische Fokus auf CO₂-Reduktion in Afrika für so viel Frustration sorgt. 1,2 Milliarden Afrikanerinnen und Afrikaner hätten kaum 4 % der bisherigen globalen CO₂-Emissionen verursacht. Das bedeute, dass die Dekarbonisierung für sie keine Priorität sein könne, insbesondere in Wirtschaftssektoren, die sich noch in der Entwicklung befinden. Während die Welt über das 1,5°C-Ziel spricht, haben 23 afrikanische Länder diese Schwelle bereits überschritten. Deshalb hätten Afrikanerinnen und Afrikaner bei internationalen Klimaverhandlungen von Ländern des Globalen Nordens ein klares Bekenntnis zur Finanzierung der

Transformation Afrikas hin zu einer klimaresistenten Wirtschaft gefordert.

Schlüsselt Themen der Konferenz: Verschiedene Perspektiven zusammenbringen

Otilia Maunganidze vom Institut für Sicherheitsstudien in Pretoria forderte in ihrer Zusammenfassung, dass Akteure aus Umweltschutz und Friedensförderung in einen Dialog treten und sich Kenntnisse über die Fachgebiete des jeweils anderen aneignen müssten. Die lokale und die internationale Ebene der Politikgestaltung sollten miteinander verbunden werden, damit sich das Wissen lokaler Gemeinschaften und die politischen Rahmenbedingungen gegenseitig beeinflussen können. Der Zugang zu natürlichen Ressourcen sei von entscheidender Bedeutung: Er werde häufig durch klimabedingte Katastrophen beeinträchtigt, was die Lebensgrundlagen bedrohe. Wenn dieser Zugang jedoch gut verwaltet werde, verringere sich die Gefahr von Spannungen.

Klima- und konfliktbezogene Herausforderungen sollten als Teil eines komplexen Geflechts von Wechselwirkungen mit guter Regierungsführung, Ungleichheit und Marginalisierung, Rassismus, Vertreibung und Umsiedlung analysiert werden. Die geschlechtsspezifische Dimension dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Auch wenn noch viele Brücken zu bauen seien, so Maunganidze, sei es den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2022 gelungen, unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen und tragfähige Ansätze zur Problemlösung aufzuzeigen.

Gender, Klimawandel und Konflikte – Ein Querschnittsthema

In den vier Sitzungen der Konferenz wurde deutlich, dass Klimawandel und Konflikte Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise betreffen. Frauen sind nach Katastrophen oder Konflikten besonders häufig von Vertreibung betroffen. Sie müssen sich oft um Kinder und ältere Menschen kümmern, während sie gleichzeitig für die Beschaffung von Wasser, Nahrung und Brennholz verantwortlich sind. Außerdem sind sie häufiger von körperlicher Gewalt und Vergewaltigung betroffen. Dennoch werden sie nicht ausreichend in politische und soziale Entscheidungsprozesse einbezogen.

Männer wiederum werden häufiger von gewalttätigen Gruppen rekrutiert und sind aktiv in Kriegen verwickelt. Sie migrieren häufiger aus wirtschaftlichen Gründen, während Frauen öfter nach Katastrophen migrieren, so Aimée-Noël Mbiyozo, Senior Researcher am Institut für Sicherheitsstudien (ISS). Zu den vorgeschlagenen Lösungen gehörten die Stärkung weiblicher Stimmen in friedensschaffenden Prozessen, die Förderung von Unternehmen und Initiativen, die von Frauen geführt werden, und die Einführung von Frauenquoten in politischen Systemen.

Environmental Peacebuilding – Zusammenhänge zwischen Umwelt und Konflikten verstehen

Konflikte und die Zerstörung oder Degradierung natürlicher Ressourcen verstärken sich gegenseitig: Konkurrenz um natürliche Ressourcen kann neue Konflikte verursachen oder bestehende Konflikte verstärken. Andererseits erschweren Konflikte die Versorgung mit lebensnotwendigen Ressourcen, so dass deren reduzierte Verfügbarkeit Not und Armut weiter verschärfen kann.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in vielen Teilen der Welt in den letzten Jahren immer deutlicher spürbar geworden. Auch die genannten Wechselwirkungen treten immer häufiger zutage und müssen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Reduzierung von Armut stärkere Berücksichtigung finden. Das Konzept des *Environmental Peacebuilding* beruht auf der Annahme, dass gemeinsame Umweltherausforderungen zu einer Zusammenarbeit zwischen verschiedenen sozialen Gruppen führen können. Diese kann demnach zur Vermeidung von gewaltsamen Konflikten („negativer Frieden“) sowie zur Schaffung nachhaltiger Existenzgrundlagen und zu einem verständnisvolleren Umgang zwischen



Berliner Sommerdialog 2022 – Online: Eröffnung der Konferenz durch Ana-Maria Trăsnea, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in der Senatskanzlei von Berlin

verschiedenen Gruppen („positiver Frieden“) beitragen. Das Konzept wurde in den letzten Jahren durch lokale Initiativen und auf internationaler Ebene, z.B. durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), weiterentwickelt.

Vor diesem Hintergrund hat die sef: im Jahr 2022 dem Thema *Environmental Peacebuilding* eine Publikation und eine Konferenz gewidmet. Die Ausgabe der GLOBALE TRENDS ANALYSEN 01|2022 von Tobias Ide hat unter dem Titel „Klimawandel, gewaltsame Konflikte und *Environmental Peacebuilding*: Die Zusammenhänge verstehen“ die fünf Kernmechanismen analysiert, durch die der Klimawandel das Risiko von gewaltsamen Konflikten erhöht: Dazu zählen die

Konkurrenz um Ressourcen, die häufigere Rekrutierung von Menschen durch bewaffnete Gruppen sowie die Schwächung staatlicher Strukturen. Zudem kann Klimawandel zu verstärkter Migration und zu einer konfrontativen Klimaschutz- und Anpassungspolitik führen.

Hier setzt *Environmental Peacebuilding* an. Zum einen kann ein gemeinsames Management natürlicher Ressourcen die lokale Umweltsituation und somit die Verfügbarkeit von Ressourcen verbessern. Die Zusammenarbeit kann zudem mittel- und langfristig das Vertrauen und das gegenseitige Verständnis zwischen ehemals verfeindeten Gruppen stärken. Diese Zusammenarbeit kann im Erfolgsfall auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Wenn Staaten beispielsweise bei der Errichtung von Staudämmen kooperieren, ist es sinnvoll, auch bei der Nutzung von Wasserkraft und im Umgang mit Hochwasserkatastrophen und Flussverschmutzung zusammen zu arbeiten. Und schließlich kann eine langfristige Kooperation die Schaffung formeller und informeller Institutionen fördern. Es müsse deshalb mehr gemeinsame, integrierte Strategien zur Bewältigung von Umweltbelastungen und Konflikten geben, so Tobias Ide abschließend. Das Konzept des *Environmental Peacebuilding* könne politische Akteure, Geber und die Zivilgesellschaft dabei unterstützen, dies umzusetzen.

Beim Berliner Sommerdialog mit dem Titel „Saving the environment – fostering peace? Opportunities and limits of environmental peacebuilding practices“ hat sich die sef: vom 20. bis 29. September näher damit auseinandergesetzt, wie *Environmental Peacebuilding* in der Praxis funktionieren kann. Hierbei hat sich die sef: dem Thema sowohl von der übergeordneten Ebene aus genähert als auch Beispiele aus verschiedenen Weltregionen diskutiert. So haben Yuval Ben David und Rana Qaimari von EcoPeace Middle East dargelegt, wie ihre Organisation seit mehr als 20 Jahren einen Beitrag dazu liefert, dass die knappe Ressource Wasser des Jordans gemeinschaftlich zwischen sich ehemals feindlich gegenüberstehenden Gruppen verwaltet wird. Hierbei wiesen sie auch darauf hin, dass der Osloer Friedensprozess die Bedeutung des Themas Wasser nicht angemessen berücksichtigt hatte. Ein anderes Praxisbeispiel kam von Dr. Andrew G. Seguya, Executive Secretary der Greater Virunga Transboundary Collaboration, der vorstellte, wie das gemeinsame Management der ökologisch wertvollen Greater Virunga Region zum Vertrauensaufbau zwischen Gemeinschaften in den angrenzenden Ländern Demokratische Republik Kongo, Ruanda und Uganda beigetragen habe.



In der zweiten Session ging es konkret darum, wie Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel friedensfördernde Aspekte stärker berücksichtigen können. Hierbei gab es u.a. Einblicke von Alec Crawford vom International Institute for Sustainable Development (IISD) in die Erstellung der nationalen Anpassungspläne (*national adaptation plans* – NAP)



Berliner Sommerdialog 2022 (im Uhrzeigersinn): Ansoumane Samassy Souare, Alec Crawford, Josephine Ekiru und Molly Kellogg

unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC). Er berichtete, dass auch hier Konflikaspekte immer häufiger Berücksichtigung fänden. Auch in dieser Session wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen nationaler und lokaler Ebene betont. Zur Forderung nach mehr Finanzierung für Anpassungsmaßnahmen ergänzte Ansoumane Samassy Souare vom West Africa Network for Peacebuilding, dass diese Mittel, ebenso wie relevantes Wissen, den betroffenen Gruppen auch zur Verfügung gestellt werden müssen, was nicht immer automatisch der Fall sei.

Kommunale Lösungen für globale Risiken: Katastrophenvorsorge für nachhaltige Entwicklung

Das Katastrophenrisiko für Kommunen weltweit nimmt durch den Klimawandel und andere Gefahren auf dramatische Weise zu. Extremwetterereignisse treten immer häufiger auf, wie etwa 2021 in Deutschland oder 2022 in Pakistan. Daher sind eine umfassende Katastrophenvorsorge sowie effizientes Krisenmanagement unabkömmlich für eine nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der Agenda 2030.

Städte und Kommunen sind bei Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement in besonderer Verantwortung. Somit gibt es auf lokaler Ebene zahlreiche Anknüpfungspunkte, um durch eine strategische Katastrophenvorsorge auch nachhaltige Entwicklung aktiv zu gestalten. Über diese Chancen haben

Im dritten Teil der Konferenz wurde die besondere Bedeutung von Frauen im Themenfeld Ressourcenmanagement in Konfliktsituationen von Josephine Ekiru (Northern Rangelands Trust Kenya) und Molly Kellogg (UNEP) eindringlich dargestellt. Zum einen verstärkte eine Verknappung von natürlichen Ressourcen bereits bestehende Ungleichheiten innerhalb von Gemeinschaften. Dies betreffe in vielen Regionen der Welt in erster Linie Frauen, die z.B. für die Versorgung der Familie mit Wasser verantwortlich sind. Zum anderen verfügten Frauen aber deshalb über großes Wissen, das unbedingt in Management-Prozesse einfließen müsse. Es wurde auch klar, dass es bis zu einer angemessenen Beteiligung noch ein weiter Weg ist – Ekiru betonte, dass sich Frauen oftmals nicht über ihre Möglichkeiten und Rechte im Klaren seien. Kellogg verwies darauf, dass in politischen Verhandlungen die teilnehmenden Personen immer noch überwiegend männlich seien und die weibliche Perspektive deshalb nicht ausreichend Berücksichtigung finde.

In der abschließenden Session zu den notwendigen nächsten Schritten, besonders im Hinblick auf den UNFCCC-Prozess, wurde noch einmal der Eindruck verdeutlicht, dass es in Bezug auf das Zusammendenken von Konfliktbewältigung und nachhaltigem Ressourcenmanagement in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gab, besonders auf lokaler Ebene. Andererseits erfordert es aber noch einiges an Arbeit, diese Ansätze bekannt zu machen und stärker in internationalen Prozessen zu verankern. Wenn man sich vor Augen führt, wie die Auswirkungen des Klimawandels das Leben vieler Menschen immer stärker beeinflussen und gleichzeitig die Zahl von Konflikten global gleichbleibend hoch ist, besteht kaum ein Zweifel an der Notwendigkeit einer stärkeren Verschränkung dieser beiden Herausforderungen.

Expertinnen und Experten aus Kommunen, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft am 7. und 8. Dezember 2022 im Rahmen des Bonn Symposiums diskutiert. Das Bonn Symposium wurde gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global organisiert. Dazu wurden Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verwendet.

Zentrale Erkenntnisse der Konferenz

Auch wenn Expertinnen und Experten aus vier Kontinenten und elf Nationen auf den Panels vertreten waren, wurde schnell deutlich, dass verschiedene Weltregionen im Katastrophenschutz oft vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Im Folgenden sind einige der wiederkehrenden Themen zusammengefasst.

Im Zentrum der Diskussion stand z.B. die große Bedeutung von Bildung und Bewusstseins-schaffung in

der Bevölkerung. Dies könne sowohl langfristig den Veränderungswillen der Menschen als auch kurzfristig ihre Reaktionsfähigkeit im Katastrophenfall erhöhen. Die Folgen des Klimawandels und damit verbundene Katastrophenrisiken müssten systematisch schon in Kindergärten und Grundschulen gelehrt werden. Über junge Menschen könne dieses Wissen auch in die Familien und breite Bevölkerungsgruppen getragen werden. Traditionelle sowie soziale Medien spielten dabei mit ihrer Berichterstattung ebenfalls eine zentrale Rolle.

Ebenso forderten Expertinnen und Experten aus mehreren Weltregionen eine verstärkte Koordination zwischen verschiedenen Regierungsebenen über Kreis-, Länder- und Staatsgrenzen hinweg. Lokale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger müssten aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, da sie die Situation vor Ort am besten kennen und als wichtiges Bindeglied zur Bevölkerung agieren können.



Bonn Symposium 2022 im Gustav-Stresemann-Institut (v.l.n.r.): Benni Thiebes, Irina Rafliana, Ramian Fathi und Moderator Marcus Andreas

Häufig diskutiert wurden außerdem ganzheitliche Ansätze im Katastrophenschutz, die mehrere gesellschaftliche Herausforderungen gleichzeitig angehen. Zentral ist dabei der Begriff der „transformativen Anpassung“, der besagt, dass durch die Anpassung an den Klimawandel und Vorsorgemaßnahmen gleichzeitig ein zukunftsorientierter gesellschaftlicher Wandel („Transformation“) angestoßen werden soll. Dies verweist auf die starke Verbindung zwischen Katastrophenschutz und nachhaltiger Entwicklung, die sich auch im Globalen Rahmenwerk für Katastrophenschutz (Sendai-Abkommen) sowie den 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der Agenda 2030 widerspiegelt.

In diesem Zusammenhang wurde immer wieder angemerkt, dass multiple Krisen oft die gleichen Lösungen haben; so könne etwa eine gute Katastro-

phenvorsorge gleichzeitig Beiträge zur Klimawandelanpassung, zum Artenschutz und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit leisten. Viele Referierende waren sich einig, dass diese positiven Nebeneffekte besonders auf kommunaler Ebene angegangen werden könnten. Als Beispiel wurde etwa die Errichtung von mehr und größeren Grünflächen in dicht besiedelten Städten genannt, die mehrere Funktionen gleichzeitig erfüllen können: Sie bieten Schutz vor Hitze, Versickerungsraum bei Starkregen, Naherholungsgebiete und soziale Treffpunkte für Menschen, und schaffen außerdem eine bessere Luftqualität sowie Lebensraum für gefährdete Arten.

Referierende aus dem Globalen Süden, wie z.B. Sade Gawanas, die Bürgermeisterin von Windhoek, wiesen verstärkt auf die zunehmende Migration aufgrund von Klimawandelfolgen hin, die vor allem innerhalb einzelner Staaten vom Land in die Städte (und nicht etwa in den Globalen Norden) stattfinde. Dies führe in schnell wachsenden urbanen Räumen zu großen informellen Siedlungen. Diese lägen oft an besonders stark gefährdeten Orten wie Flussbetten oder steilen Berglagen, die im Katastrophenfall kaum zu schützen seien. Angesichts der Tatsache, dass der Klimawandel maßgeblich von hochentwickelten Staaten verursacht wurde, aber ärmere und daher verletzbare Staaten besonders trifft, stehe der Globalen Nordens im Sinne

Inspiration aus der Praxis: Innovative Ansätze in der Katastrophenvorsorge aus aller Welt

Ein besonderer Fokus der Konferenz lag auf praktischen Lösungsansätzen für Herausforderungen in der Katastrophenvorsorge. Zwei Beispiele seien hier genannt, weitere finden sich im ausführlichen Konferenzbericht.

Prof. Dileep Mavalankar, Direktor des Indischen Instituts für Öffentliche Gesundheit in Gandhinagar stellte den Hitze-Aktionsplan der Stadt Ahmedabad im Westen Indiens vor, den das Institut maßgeblich mitentwickelt hat. Dieser ist einer der fortschrittlichsten Hitzeschutzpläne der Region und beinhaltet u.a. die Bewusstseinsbildung für Hitzegefahren in der Bevölkerung, Kapazitätsaufbau in der Medizin und Anpassungsmaßnahmen wie den Ausbau von kühlenden städtischen Grünflächen sowie der kostenlosen Verteilung von Trinkwasser. Eine Zusammenfassung in englischer Sprache findet sich unter: <https://youtu.be/Icro7IJKs>.

Katharina Hauptenthal von der Hochschule Trier stellte das Forschungsvorhaben „FloReST – Urban Food Resilience Smart Tools“ vor, das Maßnahmen erforscht, mit denen die Resilienz urbaner Räume bei Flutkatastrophen gesteigert werden kann. Dazu gehören etwa die Entwicklung eines robotergestützten Systems zur 3D-Datenerfassung der innerörtlichen Infrastruktur sowie der Einsatz künstlicher Intelligenz beim Identifizieren von Notabflusswegen. Mehr unter: <https://www.umwelt-campus.de/iss/projekte/laufende-projekte/florest-starkregen-hochwasser>.



Bonn Symposium 2022: Interview mit Frau Cornelia Weigand, Landrätin des Kreises Ahrweiler

Halbzeitbilanz zum Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge: Handlungsempfehlungen bis 2030 und darüber hinaus

Im Jahr 2015 wurde das Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge (Sendai Framework for Disaster Risk Reduction, SFDRR) verabschiedet. Seine Ziele sind u.a. die Verringerung von Katastroph Risiken und der Verluste von Menschenleben, Existenzgrundlagen und Gesundheit sowie die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Bevölkerung und Institutionen gegenüber Katastrophen. Da sich das Rahmenwerk, ähnlich wie die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung, auf den Zeitraum bis 2030 bezieht, markiert das Jahr 2023 seine Halbzeit. Das Global Governance Spotlight 1/2023 bewertet die Implementierung des Abkommens bis zum heutigen Zeitpunkt und bietet eine Vorschau für 2023.

Zur Halbzeitbilanz (*Midterm Review*) des Sendai Rahmenwerks hat das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge (UNDRR) den Mitgliedstaaten eine Reihe von Leitfragen vorgelegt, die die Ausarbeitung von Berichten unterstützen sollen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Global Governance Spotlights hatten jedoch nur 42 der 195 Mitgliedstaaten, die das Rahmenwerk unterzeichnet haben, ihren freiwilligen nationalen *Midterm Review* vorgelegt. Die Mehrzahl der Industrieländer, darunter auch Deutschland, hat dies bis dato noch nicht getan.

der Klimagerechtigkeit in besonderer moralischer sowie finanzieller Verantwortung.

Ko-Organisator Till Winkelmann von Engagement Global betonte zum Abschluss, die Konferenz habe die Bedeutung der Agenda 2030 als global akzeptiertes Rahmenwerk deutlich gemacht. Dieses vereine komplexe Themen, um mehrere Herausforderungen gleichzeitig anzugehen und dabei die Bevölkerung und ihre Bedürfnisse direkt einzubeziehen. Somit habe das Bonn Symposium 2023 erneut aufgezeigt, dass die lokale Ebene sowohl im Bereich der Katastrophenvorsorge als auch in der nachhaltigen Entwicklung der richtige Ort sei, um Veränderungen anzustoßen und das Leben aller Menschen zu verbessern und aktiv zu gestalten.

Die Mitgliedstaaten haben bei der Erstellung ihrer nationalen Reviews unterschiedliche Ansätze gewählt. Einige Länder berichten sehr detailliert über ihre Maßnahmen, Herausforderungen und Möglichkeiten des Risikomanagements seit der Verabschiedung des Sendai Rahmenwerks. Andere haben sich für die Ausarbeitung eines Kurzberichts entschieden, der auf die vom UNDRR gestellten Leitfragen eingeht. Dabei gibt es aber mehrere Themenbereiche, die sich länderübergreifend abzeichnen. Dazu gehören Fragen des Datenmanagements, die Relevanz von Strategieansätzen und von verbesserten Governance-Mechanismen für Risikominimierung sowie die Bedeutung des Sendai Rahmenwerks für die Agenda 2030.

Laut der Autorin Ebru Gencer sind die Nationen dringend gefordert, ihre Maßnahmen zu integrieren sowie kohärente Strategien für stärkere Resilienz und Gerechtigkeit zu erarbeiten und damit der zunehmenden Bedeutung der Katastrophenvorsorge für eine nachhaltige Entwicklung Rechnung zu tragen.



Global Governance für globale Krisen

„We get stuck between the world we live in and the world we want to create“

Nanjala Nyabola beim Policy Lunch im Mai 2022 in Brüssel

Das Völkerrecht neu beleben: Das multilaterale System zukunftsfähig machen

Die Menschheit steht derzeit vor zahlreichen Krisen, die es zu bewältigen gilt. Gleichzeitig sind die internationale Global Governance-Architektur und das Völkerrecht nicht in der Lage, diese Krisen angemessen anzugehen. Maja Groff erinnert in ihrem Global Governance Spotlight daran, dass Krisenzeiten einen positiven Effekt haben können, indem sie eine Rückbesinnung auf zentrale Werte fördern. Um unsere Global Governance zu stabilisieren und „zukunftssicher“ zu machen, fordert sie eine konkrete und mutige Reformagenda.

Zum 75. Jahrestag der Vereinten Nationen (VN) hat die VN-Generalversammlung 2020 dazu aufgerufen, die globalen Herausforderungen durch einen „erstarkten Multilateralismus“ zu bewältigen. Im Bericht „Our Common Agenda“ von 2021 des Generalsekretärs der VN, António Guterres, wurde eine „neue Vision der Rechtsstaatlichkeit“ und ein „Globaler Fahrplan für die Entwicklung und wirksame Umsetzung des Völkerrechts“ gefordert. All diese Erklärungen bleiben aber diffus und enthalten kaum konkrete Vorschläge für institutionelle Verbesserungen.

Als zentrales Problem identifiziert Groff, dass es existierenden Institutionen wie dem Internationalen Gerichtshof an Durchsetzungsbefugnissen und -mechanismen mangle. So akzeptieren weniger als 40 % der Mitgliedstaaten der VN die verbindliche Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes. Selbst

der Sicherheitsrat sei als oberstes globales Exekutiv- und Durchsetzungsorgan nicht ausreichend legitimiert und funktionsfähig. Groff kommt somit zu dem Schluss, dass eine Wiederbelebung des Völkerrechts und der damit verbundenen Governance-Architektur dringend erforderlich sei, um den schwierigen

Um die internationale Rechtsstaatlichkeit zu verbessern, schlägt sie u.a. eine Weiterentwicklung der internationalen Menschenrechtsarchitektur vor, basierend auf Empfehlungen einer unabhängigen Expertengruppe. Weiterhin sollte der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) zu einem universellen



sef: Policy Lunch: Eröffnung durch die Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung NRW in Brüssel, Frau Susanne Metzler

Gerichtshof aufgewertet werden, in dem die Mitgliedschaft und Anerkennung seiner verbindlichen Rechtsprechung für alle Mitgliedstaaten der VN verpflichtend wird. Um den komplexen Anforderungen an die Justiz gerecht zu werden, sollte ein internationales Institut für juristische Ausbildung etabliert werden. Da es sich bei diesen Reformen um bedeutsame Neuerungen handelt, sei eine Unterstützung durch multilaterale Foren wie die G7 oder die G20 notwendig.

Die Krise des multilateralen Systems und die Vorschläge von Maja Groff zu seiner Stärkung waren auch Thema eines Policy Lunches im Mai 2022 in Brüssel. Bei der Veranstaltung diskutierte die Autorin zusammen mit Andrej Auersperger Matić, Legal Adviser im Legal Department beim Europäischen Auswärtigen Dienst, und Nanjala Nyabola, Schriftstellerin, Wissenschaftlerin und Mitglied des High-Level Advisory Boards on Effective Multilateralism der VN, welche Rolle der Europäischen Union in diesem Prozess zukommt. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Sascha Werthes, Akademischer Rat am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Trier. In der Veranstaltung hob Frau Groff noch einmal hervor, dass grundlegende internationale Werte, wie sie z.B. in der VN-Charta und in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten sind, die Grundlage für unser Handeln und für Reformbestrebungen darstellen sollten. Zu diesen Werten zähle auch die Akzeptanz einer internationalen regelbasierten Ord-



historischen Übergang vom Recht des Stärkeren zu einer wirklich rechtsstaatlichen Ordnung voranzutreiben und den zahlreichen Krisen gemeinschaftlich entgegenzutreten.

nung. Ein Problem ist laut ihrer Aussage, dass viele politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger den Ernst der Lage noch nicht erkannt hätten.



sef: Policy Lunch (v.l.n.r.): Moderator Sascha Werthes, Maja Groff, Andrej Auersperger Matić und im Hintergrund zugeschaltet Nanjala Nyabola

Bei der Umsetzung von Reformbestrebungen sei die EU eine zentrale Akteurin, der aktuell allerdings mit zahlreichen internen Problemen konfrontiert ist. Andrej Auersperger Matić betonte in der Diskussion, dass die EU natürlich die Weiterentwicklung der multilateralen Institutionen unterstütze. Hierbei hob er besonders die Unterstützung des IstGH durch die Union hervor. Er bekräftigte die Vorschläge von Frau Groff, verwies aber auch auf praktische Herausforderungen in der Umsetzung. Die Chancen für eine Umsetzung von Reformen hänge von den Entwicklungen der nächsten Jahre ab, besonders vom Krieg in der Ukraine.

Angemessene Finanzierung ist eine Grundlage für die Umsetzung der Agenda 2030

Zur Halbzeit der Agenda 2030 wird deutlich, dass es ambitionierte Reformen braucht, wenn die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) noch erreicht werden sollen. Fehlende finanzielle Mittel sind ein Hauptgrund dafür, dass die Umsetzung der SDGs massiv in Rückstand geraten ist. Bodo Ellmers betont im Global Governance Spotlight 2|2022, wie wichtig eine vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung ist, um die bestehenden Blockaden zu lösen.

Die Vereinten Nationen (VN) identifizieren in ihrem Financing for Sustainable Development Report die *financial divide*, also den schlechteren Zugang von Ländern des Globalen Südens zu zinsgünstigen Finanzmitteln, als ein zentrales Problem für die schlech-

Nanjala Nyabola verwies auf eine große Herausforderung für die Weiterentwicklung des Multilateralismus, nämlich, dass Europa den Rest der Welt nicht beachte. Die fehlende Solidarität der europäischen Staaten mit anderen Weltregionen während der Covid-19-Pandemie habe viele Menschen im Globalen Süden enttäuscht. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf die zahlreichen aktuellen Kriege in Afrika, um deutlich zu machen, dass der Fokus in anderen Regionen der Welt weit weniger auf dem Krieg in der Ukraine liege als innerhalb der EU.

In den folgenden lebhaften Diskussionen wurden besonders praktische Herausforderungen erörtert, darunter die Frage, wie groß die Chancen sind, die Reformvorschläge in der Praxis umzusetzen, da sie eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder der VN und die Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates benötigen. Auch die fehlende Legitimität und Verantwortlichkeit einiger sektoraler multilateraler Prozesse wurde als eine Herausforderung genannt, die Auswirkungen auf die VN haben. Als Beispiel wurde die Welthandelsorganisation angeführt. Ebenfalls wurde diskutiert, wie mit Akteuren – hier wurde u.a. explizit China benannt – umgegangen werden kann, die Reformprozesse behindern. Zum einen seien hier laut Groff Kommunikation und gezielte Informationen gefordert, in seinem Schlussstatement hob Herr Werthes aber auch die Bedeutung von Koalitionen aus Staaten hervor, die bereit seien, erste Schritte zu unternehmen und Prozesse voranzubringen. In diesem Zusammenhang wurde die deutsch-französische Allianz für den Multilateralismus als positives Beispiel hervorgehoben.

pende Umsetzung der SDGs. Die *financial divide* sorgte z.B. dafür, dass sich reiche Länder vergleichsweise schnell vom Schock der Coronakrise erholt haben und in nachhaltige Entwicklung investieren können, während viele arme Länder durch die Pandemie weiter abgehängt wurden. Diese Entwicklungen wurden durch den Zinsschock im Frühjahr 2022 und besonders durch den Krieg in der Ukraine nochmals verstärkt.

Bodo Ellmers verweist in dem Spotlight darauf, dass es sich bei der Finanzierung um einen komplexen Prozess handle, an dem eine Vielzahl an Institutionen beteiligt sei und sich mit zahlreichen unterschied-

Global Governance Spotlight

1. April 2022

Neue Impulse für die Agenda 2030 – Warum eine vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung überfällig ist

Beate Ottens

In der antiken griechischen Mythologie ist der Agave 2030 eine selbstverwirklichte Göttin, welche die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda (Agenda 2030) verkörpert. Sie ist die Göttin der Leidenschaft, der Liebe, der Fortschrittswonne und der Lust. In der griechischen Mythologie wird sie oft dargestellt, wie sie den Menschen die Lust an der Fortschrittswonne und der Lust an der Fortschrittswonne vermittelt. In der griechischen Mythologie ist die Agave 2030 eine selbstverwirklichte Göttin, welche die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda (Agenda 2030) verkörpert. Sie ist die Göttin der Leidenschaft, der Liebe, der Fortschrittswonne und der Lust. In der griechischen Mythologie wird sie oft dargestellt, wie sie den Menschen die Lust an der Fortschrittswonne und der Lust an der Fortschrittswonne vermittelt.

Die UN-Weltbank sieht das Risiko der Überforderung nicht gerade klein, die von einer Vielzahl von Entwicklungspartnern getrieben wird. Diese hat die Natur der Agenda 2030 als „Agenda der Vielfalt“ bezeichnet. Die Agenda 2030 ist eine Agenda der Vielfalt, die die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda (Agenda 2030) verkörpert. Sie ist die Göttin der Leidenschaft, der Liebe, der Fortschrittswonne und der Lust. In der griechischen Mythologie wird sie oft dargestellt, wie sie den Menschen die Lust an der Fortschrittswonne und der Lust an der Fortschrittswonne vermittelt.

Die Dringlichkeit einer neuen Agenda, nicht nur nach der Agenda 2030, ist für die wirtschaftliche Entwicklungsagenda (Agenda 2030) nicht zu übersehen. Die Agenda 2030 ist die Agenda der Vielfalt, die die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda (Agenda 2030) verkörpert. Sie ist die Göttin der Leidenschaft, der Liebe, der Fortschrittswonne und der Lust. In der griechischen Mythologie wird sie oft dargestellt, wie sie den Menschen die Lust an der Fortschrittswonne und der Lust an der Fortschrittswonne vermittelt.

Einerseits handelt es sich nicht um die Ziele der Agenda 2030, sondern um die Ziele der Agenda 2030. Die Agenda 2030 ist die Agenda der Vielfalt, die die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda (Agenda 2030) verkörpert. Sie ist die Göttin der Leidenschaft, der Liebe, der Fortschrittswonne und der Lust. In der griechischen Mythologie wird sie oft dargestellt, wie sie den Menschen die Lust an der Fortschrittswonne und der Lust an der Fortschrittswonne vermittelt.

Die Agenda 2030 ist die Agenda der Vielfalt, die die Ziele der nachhaltigen Entwicklungsagenda (Agenda 2030) verkörpert. Sie ist die Göttin der Leidenschaft, der Liebe, der Fortschrittswonne und der Lust. In der griechischen Mythologie wird sie oft dargestellt, wie sie den Menschen die Lust an der Fortschrittswonne und der Lust an der Fortschrittswonne vermittelt.

Beate Ottens

lichen Finanzquellen auseinandersetzen müsse. Vor dem Hintergrund der turbulenten Entwicklungen seit der letzten Konferenz 2019 müsse sich eine vierte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung einer Reihe von Aufgaben annehmen: so müsse die Finanzierung auf die Höhe der Zeit gebracht werden, u.a. um die Resilienz der Staaten gegenüber immer häufiger auf-

tretenden Krisen zu erhöhen. Um nach wie vor eine realistische Chance zu haben, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, sei es zudem notwendig, die Finanzierungsquellen an die Anforderungen der Agenda 2030 anzupassen. Solch tiefgreifende Reformen und Innovationen erfordern ein globales *Commitment* auf höchster politischer Ebene.

Gesellschaftlicher Polarisierung aktiv begegnen: Mit Dialog und klarer Kante?

Wenn Gesellschaften in den Sog einer immer stärker werdenden Polarisierung geraten, droht eine Spaltung bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Doch weltweit gibt es auch einen großen Erfahrungsschatz, wie das Auseinanderdriften von Gesellschaften verhindert werden kann. Hier setzte das Forum Frauenkirche Online am 10. Februar 2022 an. Es zielte darauf, Strategien zu identifizieren, um gesellschaftlicher Polarisierung aktiv entgegenzuwirken.

Darüber diskutierten beim Forum Frauenkirche Online 2022 die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Lena Slachmuislder von Search for Common Ground auf Einladung der sef., der Stiftung Frauenkirche Dresden und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Geleitet wurde das Gespräch von Rundfunk-Moderator Bastian Wierzioch aus Leipzig.

Gräben überwinden und Vertrauen aufbauen

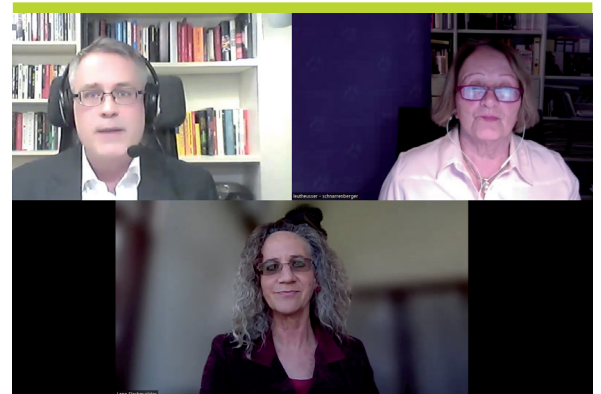
Beide Referentinnen bekräftigten zum Auftakt des Gesprächs die Beobachtung einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, in Deutschland und weltweit. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ergänzte, dass sich die Polarisierung nicht nur im Diskurs, sondern zunehmend auch in Verhaltensweisen und bei Protesten auf den Straßen zeige. Die Pandemie sei nicht die Ursache dafür, aber ein wichtiger Treiber.

Ein weiterer Beschleuniger seien die sozialen Medien, die eine Verrohung der Sprache beförderten und eine große Reichweite ermöglichten. Problematisch seien beispielsweise gruppenbezogene Beleidigungen, die nichts mit einer zugespitzten Sachdiskussion zu tun hätten. Lena Slachmuislder bestätigte, dass soziale Medien mit ihren Informationsblasen Feindbilder verstärken könnten, indem Angst geschürt und die Position, selbst im Recht zu sein, immer wieder bekräftigt wird. Daraus könne ein Narrativ entste-

hen, das Gewalt als die einzige Möglichkeit rechtfertige, den eigenen Interessen Gehör zu verschaffen.

Wenn Dialog (scheinbar) nicht mehr möglich ist

In einer konfrontativ zugespitzten Situation gehen gegenseitige Empathie und die Fähigkeit, andere nicht nur als Gegner, sondern als Menschen mit eigenen Ängsten und Bedürfnissen zu sehen, leicht verloren. Search for Common Ground arbeitet in solchen Fällen mit einem Konzept in mehreren Schritten, wie Slachmuislder am Beispiel des Konflikts zwischen syrischen Geflüchteten im Libanon und der einheimischen Bevölkerung erläuterte. Es gehe darum, dass sich die Menschen gegenseitig wieder jenseits von



Forum Frauenkirche 2022: Moderator Bastian Wierzioch, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Lena Slachmuislder (unten)

Stereotypen erkennen. Dafür müssten Begegnungen ermöglicht und gemeinsame Interessen identifiziert werden.

Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist nicht nur Aufgabe der Politik. Das zeigte eine Wortmeldung aus dem Publikum, die dazu aufrief, die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Pflicht zu nehmen, zum Beispiel bei der Integration Geflüchteter. Jede und jeder Einzelne könne mehr für die Gesellschaft tun, pflichtete Leutheusser-Schnarrenberger bei. Und Slachmuislder ergänzte, dass die Medien und die Kirchen mit ihrer großen Reichweite dabei eine wichtige Rolle der Vermittlung, Verständigung und Vertrauensbildung übernehmen können, solange sie die Menschen nicht in eine einzige Identität pressen, sondern all ihre Identitäten zur Entfaltung bringen.

Der falsche Kampf gegen *Fake News* – Gesetze gegen Desinformation und Attacken auf die Pressefreiheit

Während der Covid-19-Pandemie haben viele Regierungen die Krise als Vorwand genutzt, um Bürgerrechte und Meinungsfreiheit einzuschränken. In vielen Fällen haben sie strenge Anti-Desinformati-



Deutsche Welle Global Media Forum im WCCB mit Moderator Frank Hofmann im Gespräch mit Barbara Trionfi; im Hintergrund Janjira Sombatpoonsiri

onsgesetze erlassen, angeblich, um die starke Zunahme von *Fake News* zu bekämpfen. In mehreren Ländern wurden diese Gesetze jedoch missbraucht, um gegen die freie Presse vorzugehen. Bei der diesjährigen sef: Session beim Deutsche Welle (DW) Global Media Forum diskutierten Janjira Sombatpoonsiri von der Chulalongkorn University in Bangkok und Barbara Trionfi, Geschäftsführerin des International Press Institute in Wien, wie Journalistinnen und Journalisten mit diesen Herausforderungen umgehen können. Die Sitzung wurde von DW-Korrespondent Frank Hofmann moderiert.

Janjira Sombatpoonsiri erklärte, dass laut der Bürgerrechtsorganisation CIVICUS zu Beginn der Pandemie mindestens 37 Länder ein Gesetz erlassen oder

geändert hätten, um die Verbreitung von Desinformationen einzudämmen. Sie definieren in der Regel nicht oder nur vage, was genau darunter zu verstehen sei. Im Wesentlichen gebe dies den Regierungen die Macht, jeden für sie unerwünschten Inhalt als unwahr zu verbieten und diejenigen, die ihn verbreiten, zu kriminalisieren.

Die Versicherheitlichung von Desinformation

Viele Regierungen, darunter Thailand, Myanmar, Vietnam, Kambodscha und die Philippinen, haben die Verbreitung von Desinformationen als ein Problem der nationalen Sicherheit und als staatsfeindliche Aktivität dargestellt. Sie haben sehr harte Strafen für mutmaßliche Täterinnen und Täter eingeführt. Barbara Trionfi wies darauf hin, dass solche Anschuldigungen meist unbegründet seien, da die Anti-Desinformationsgesetze in diesen Ländern „nie auf das angewendet wurden, was wir als Desinformation oder *Fake News* verstehen würden“.

Stattdessen würden sie eingeführt, um gegen Journalistinnen und Journalisten oder Aktivistinnen und Aktivisten vorzugehen, die etwas veröffentlichen, das als „staatsfeindlich“ angesehen werde. So hat die russische Regierung beispielsweise ein Gesetz erlassen, das die Veröffentlichung von „Respektlosigkeiten gegen den Staat“ unter Strafe stellt. Was das genau bedeutet, wird praktischerweise vom Staat selbst definiert. Das Gesetz wurde etwa gegen Dozhd, einen der letzten unabhängigen Nachrichtensender in Russland, eingesetzt.

Die Suche nach der Wahrheit in einer offenen Gesellschaft

Trionfi wies gegen Ende der Veranstaltung darauf hin, dass die Begriffe „Desinformation“ und „*Fake News*“ im internationalen Recht nicht klar definiert seien. Dennoch sei es gut, dass in offenen Gesellschaften die Verbreitung von Desinformationen nicht generell verboten sei. Als demokratische Gesellschaften, so fasst Trionfi zusammen, wollen wir einen freien Diskurs über die Wahrheit und wie man sie finden könne. Die Existenz von Falschinformationen und *Fake News* könnte der Preis sein, den man eben dafür zahlen müsse.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Welt im Krisenmodus – Auswirkungen auf die Arbeit der sef:

Spätestens seit dem 24. Februar 2022 ist die Welt nicht mehr die Gleiche wie noch vor ein paar Jahren. Corona und der Krieg in der Ukraine haben viele vermeintliche Gewissheiten der multilateralen Zusammenarbeit in Frage gestellt. Wie kann es uns trotzdem gelingen, die bevorstehenden Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und somit zu einer friedlichen und nachhaltigen Zukunft beizutragen? Diese Frage als eine Grundlage der Arbeit der sef: ist heute aktueller denn je.

Globale Krisen in einer multipolaren Welt

Besonders das Verhalten der Länder des globalen Nordens während der vielfältigen Krisen in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass das Vertrauen zwischen dem Norden und dem Süden nachhaltig gestört wurde. Die liberaldemokratische Weltordnung, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts dominant zu sein schien und deren Zentren vermeintlich in den USA und Europa bzw. in internationalen Organisationen liegen, ist einer multipolaren

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und des Kriegs in der Ukraine sowie der immer stärker spürbare Klimawandel haben besonders die Staaten des Globalen Südens getroffen und dazu geführt, dass sich globale Ungleichheiten verschärft haben und die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung Rückschläge hinnehmen musste. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen sind immer weniger in der Lage, die zahlreichen globalen Herausforderungen anzugehen. Die deutlichen Differenzen und das Misstrauen zwischen den Weltregionen haben uns allen vor Augen geführt, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass man sich dafür aktiv einsetzen muss. Abschreckung und Sicherheitsdenken sind wieder wichtige Bestandteile der Staatsräson geworden. Zudem verstärken die zahlreichen Krisen die Verunsicherung der Menschen in vielen Ländern, was oftmals populistischen Bewegungen Auftrieb gibt. Wo diese Erfolg haben, wirken sie auch eher auf einen Rückbau der multilateralen Zusammenarbeit hin.

Auch die Bundesregierung erkennt die Existenz einer neuen, multipolaren Welt an und hat als Antwort auf den Angriff Russlands auf die Ukraine eine „Zeitenwende“ ausgerufen. Sowohl die Nationale Sicherheitsstrategie als auch die China-Strategie der Bundesregierung, beide Mitte 2023 veröffentlicht, bekräftigen die Renaissance des Sicherheitsdenkens und der Multipolarität und streben umfassende Lösungen an.

Der Beitrag der sef:

Gleichzeitig ist es offensichtlich, dass eine weitere Zersplitterung der Welt in verschiedene Einfluss-sphären keine Alternative für die vielen globalen Herausforderungen darstellt, da diese gemeinschaftliche globale Lösungsansätze erfordern, wie z.B. bei der Bekämpfung des Klimawandels. Und auch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Krisen kann aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft nur in Zusammenarbeit aller Akteure gelingen. Deshalb wird sich die sef: weiter für eine globale Verständigung und Zusammenarbeit einsetzen, die auf Vertrauen, Solidarität und Gerechtigkeit beruht.

Besonders die Veranstaltungen und Publikationen der sef: zur Pandemie im abgelaufenen Jahr haben offenbart, wie sehr das Vertrauen der Länder des Globalen Südens in die Kooperationsbereitschaft und die Solidarität des Nordens durch Corona und den globalen Umgang mit der Pandemie gelitten haben. Gleichzeitig haben u.a. der sef: Policy Lunch



Der Journalist und Buchautor Nick Reimer zeichnete beim Bonn Symposium ein düsteres Bild, wie der Klimawandel das Leben in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten verändern wird

Welt gewichen, in der auch Staaten wie China und Russland ihre Ansprüche auf Einfluss und Macht anmelden. In dieser Welt haben andere Staaten die Wahl, welchem Machtzentrum sie sich anschließen möchten. Hierbei spielen nationale Interessen immer häufiger eine größere Rolle als globale Werte und Normen. Die oft zitierte Frage, ob international die Stärke des Rechts oder das Recht des Stärkeren gilt, hat somit in den letzten zwei Jahren auf besorgniserregende Art wieder an Bedeutung gewonnen.

zum Völkerrecht und das dazugehörige Global Governance Spotlight die stark eingeschränkte Handlungsfähigkeit des internationalen Systems deutlich gemacht. Dementsprechend wird sich die



Oberbürgermeisterin Katja Dörner begrüßte die Teilnehmenden des Bonn Symposiums bei dem von der Stadt Bonn ausgerichteten Abendempfang im Kunstmuseum

sef: 2023 in ihren Veranstaltungen und Publikationen besonders mit der Frage auseinandersetzen, wie die Weltgemeinschaft, und hier besonders die Länder des Nordens, es schaffen kann, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Ein zentraler Baustein hierfür ist ein ernsthafter Dialog über Interessengegensätze und unterschiedliche zugrundeliegende Wertvorstellungen. Diesem übergreifenden Aspekt wird sich die sef: im Rahmen ihrer Veranstaltungs- und Publikationsreihen aus unterschiedlichen thematischen Blickwinkeln nähern.

Ein Beispiel dafür wird die Analyse der Nationalen Sicherheitsstrategie darstellen, deren Umsetzung die sef: 2023 konstruktiv-kritisch begleiten wird. Auch hier wird interessant sein, wie die Bundesregierung plant, vor dem Hintergrund der aktuellen Verwerfungen in der Zusammenarbeit mit ihren globalen Partnern Vertrauen wiederherzustellen und langfristig zu stärken. Gemäß der Ziele und Themenfelder der sef: sind besonders die Fragen relevant, wie sich die Auswirkungen der Strategie an den Schnittstellen etwa von humanitärer Hilfe, Entwicklungs- und Friedensarbeit zeigen (der sogenannte *triple nexus*) und wie andere Staaten, etwa in Afrika, die deutsche Sicherheitsstrategie wahrnehmen und bewerten. Um solch anspruchsvolle Herausforderungen angemessen angehen zu können, ist es unabdingbar, verschiedene Akteure aus Politik, Wissenschaft, Zivilge-

sellschaft und Wirtschaft miteinander ins Gespräch zu bringen, um Verständnis für andere Positionen zu entwickeln und gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten zu können. Dies wird weiterhin ein zentraler Bestandteil der Arbeit der sef: bleiben.

Eine weitere große Aufgabe für die Weltgemeinschaft ist die stockende Umsetzung der Agenda 2030 und der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Im Jahr 2023 wird die Hälfte der Zeit für die Umsetzung vergangen sein, und es deutet sich an, dass die Welt nicht „on track“ ist, die Grundlagen für eine notwendige sozial-ökologische Transformation zu legen. Auch mit diesem Thema wird sich die sef: als einem der drei Programmbereiche aus ihrer Langfristplanung weiterhin auseinandersetzen.

Endlich wieder in Präsenz!

Auf der organisatorischen Ebene freuen wir uns sehr, dass nach mehr als zwei Jahren Online-Veranstaltungen seit Mitte 2022 wieder Treffen in Präsenz möglich sind. Diese werden aufgrund ihrer unbezweifelbaren Vorteile – besonders für längere Formate – auch in Zukunft das Kerngeschäft der sef: darstellen. Aber wir sind natürlich auch angehalten, die Möglichkeiten, die sich durch den Digitalisierungsschub während Corona ergeben haben, bestmöglich



Präsentation der Ergebnisse aus den Workshops beim Bonn Symposium, der ersten Konferenz in Präsenz nach der Corona-Pause

in unsere Veranstaltungen zu integrieren. Die Stimmen des Globalen Südens auch im Norden hörbarer zu machen, ist z.B. eine Aufgabe der sef:, die durch Online-Formate weiter gestärkt werden kann.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns auf diesem Weg weiter begleiten und wir Sie auf einer unserer Veranstaltungen begrüßen dürfen.

• **sef: Finanzen**

Finanzbericht

Das Wirtschaftsjahr 2022 stand noch unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Einige Veranstaltungen wurden daher zu Jahresbeginn als Online-Formate konzipiert und durchgeführt. Andere Veranstaltungen konnten glücklicherweise bereits wieder in Präsenz stattfinden. Im Mai veranstaltete die sef: den sef: Policy Lunch in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel und am 30. Juni und 1. Juli 2022 das Dresdner Forum für Internationale Politik im Landhaus Dresden (Stadtmuseum). Auch das Bonn Symposium konnte am Jahresende am 7.-8. Dezember 2022 im Gustav-Stresemann-Institut als Präsenzveranstaltung realisiert werden.

Die projektbezogenen Sachkosten sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 55 % auf 126.883 Euro angestiegen. Die Gesamtausgaben liegen mit insgesamt 574.020 Euro ebenso ca. 15 % über denen des Vorjahres (498.472 Euro). Auch auf der Einnahmenseite verzeichnet die sef: eine Steigerung zum Vorjahr um ca. 17 %, was vor allem auf den gestiegenen Personalkostenzuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen und höhere Zuschüsse aus dem BMZ/GIZ-Projekt zurückzuführen ist.

Die Erträge aus den Finanzanlagen stagnieren hingegen weiterhin, da sowohl die Aktienanteile in den Fonds als auch die festverzinslichen Anlagen keine Steigerung erbrachten. Die Erträge aus den Finanzanlagen sind daher mit 171.754 Euro (Vorjahr 171.328 Euro) unverändert niedrig ausgefallen.

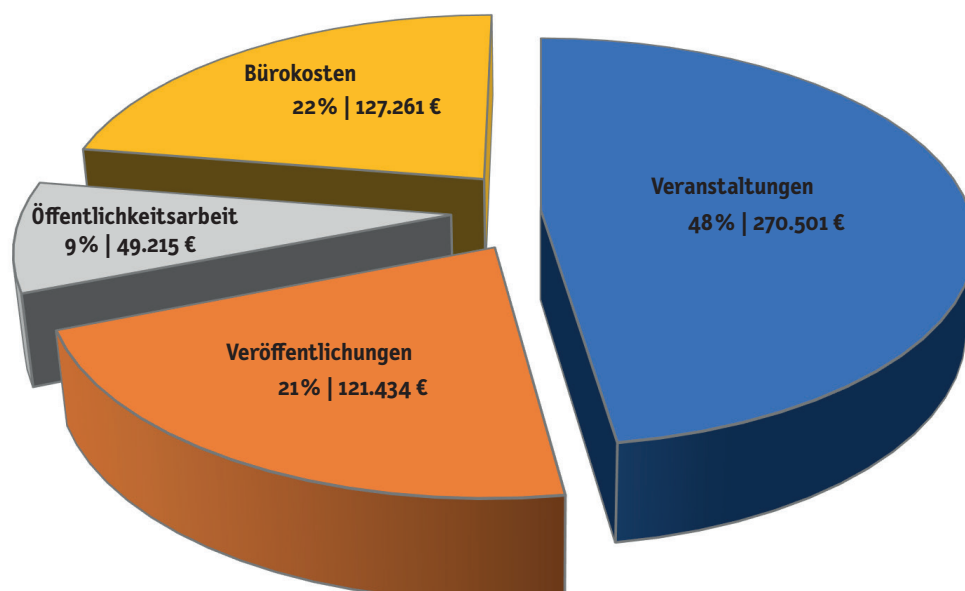
sef: Ausgaben 2012-2022

Im Jahresabschluss der sef: werden die Personal- und Sachkosten getrennt voneinander geführt und dargestellt. Für den sef: Jahresbericht 2022 wurden die Personalkosten den Bereichen für Büro, Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zugeordnet. Hierdurch ergaben sich für den Betrachtungszeitraum neue Durchschnittswerte für die vier Bereiche, die in der untenstehenden Grafik aufbereitet sind.

Die durchschnittlichen jährlichen Ausgaben im Betrachtungszeitraum von 2012 bis 2022 betragen somit 568.411 Euro. Davon entfallen auf die jährlichen Betriebskosten für die Geschäftsstelle Aufwendungen in Höhe von 127.261 Euro (22 %). Darin enthalten sind Büromiete und Nebenkosten, Versicherungen, Telefonanschluss und Internetleitung, Kopierkosten und EDV-Betreuung sowie die Ausgaben für die Gremien (Reise- und Unterkunftskosten). Für die Projektarbeit wendet die sef: im Durchschnitt knapp vier Fünftel ihres Jahresbudgets auf (78 %). Der überwiegende Anteil von 48 % wird für Konferenzen, Workshops und andere Veranstaltungen verwendet, 21 % des Budgets werden für Veröffentlichungen (Globale Trends, Analysen und Global Governance Spotlight) und 9 % für die Öffentlichkeitsarbeit (Internetseite, Jahresbericht, Newsletter) ausgegeben.

sef: Ausgaben im Zeitraum 2012-2022

Dargestellt sind die durchschnittlichen Ausgaben nach Tätigkeitsfeldern einschließlich der jeweiligen Personalaufwendungen



Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2022

		31.12.2022		31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Erträge				
1. Zuwendungen		394.952,60		313.261,81
Personalkostenzuschuss Land NRW	200.000,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	194.952,60		162.061,81	
2. Erträge Finanzanlagen		171.754,00		171.328,00
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		17.550,43		17.716,93
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	0,00		0,00	
Bestandsvergütungen	17.550,43		17.716,93	
4. Erlöse und Sonstige Erträge		15.924,18		10.976,82
Sonstige Erträge	0,00		694,46	
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	160,04		4.638,65	
Versicherungsentschädigung	15.764,14		5.643,71	
Summe Erträge		600.181,21		513.283,56
II. Aufwendungen				
6. Publikations- und Veranstaltungsaufwand		-126.882,72		-81.987,10
a) Veröffentlichungen	-12.727,59		-27.955,11	
b) Veranstaltungen	-105.706,49		-47.060,96	
c) Öffentlichkeitsarbeit	-6.773,52		-6.953,18	
d) Sonstige Projektkosten	-1.675,12		-17,85	
7. Personalaufwand		-383.847,76		-359.459,43
a) Löhne und Gehälter	-305.791,31		-283.438,77	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-78.056,45		-76.020,66	
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-5.261,83		-4.176,87
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-58.027,42		-52.848,48
a) Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-21.944,37		-19.354,35	
b) Versicherungen und Beiträge	-1.747,45		-1.671,00	
c) EDV (Beratung, Betreuung)	-3.794,19		-4.431,84	
d) Leasing, Miete und Wartung Geräte	-2.145,40		-1.412,48	
e) Telefon und Internet	-1.858,92		-1.580,96	
f) Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-9.203,04		-8.980,53	
g) Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-10.576,62		-11.621,99	
h) Gremien	-6.755,43		-3.793,33	
i) Abgänge des Anlagevermögens (Buchverluste)	-2,00		-2,00	
Summe Aufwendungen		-574.019,73		-498.471,88
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		26.161,48		14.811,68
11. Umschichtungsergebnisse (Einstellung -/Entnahme +)		0,00		0,00
12. Rücklagen				
a) Kapitalerhaltungsrücklage (Einstellung -/Entnahme +)		0,00		0,00
b) Übrige freie Rücklage (Einstellung -/Entnahme +)		-26.161,48		-14.811,68
13. Bilanzgewinn		0,00		0,00

Bilanz zum 31.12.2022

[illegible]

• **sef: Intern**

sef: Gremien (Stand: 31. Dezember 2022)

Vorstand

Vorsitzender des Vorstands

Oliver Krauß MdL, Mitglied im Landtag
Nordrhein-Westfalen, Bonn

Stellvertretende Vorsitzende

Martin Gorholt, Staatssekretär a.D., Vorsitzender
des Medienrates der Medienanstalt Berlin-
Brandenburg, Potsdam

Viola Klein, Geschäftsführerin der Saxonia Systems
Holding GmbH, Dresden

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ministerialrat a.D., Berlin

Weitere Mitglieder

Dr. Julia Leininger, Leitung Forschungspro-
gramm „Transformation politischer (Un-)Ordnung:
Institutionen, Werte und Frieden“, German Institute
of Development and Sustainability (IDOS), Bonn

Dr. Cornelia Ulbert, Wissenschaftliche
Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und
Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen



sef: Klausurtagung (v.l.n.r.): In der vorderen Reihe Oliver Krauß, Viola Klein, Cornelia Ulbert, Marianne Beisheim und Ingo Nordmann. In der hinteren Reihe Heike König, Klaus Brückner, Gerhard Süß-Jung, Martin Gorholt und Marcus Kaplan

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums

Hendrik Wüst MdL, Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von
Berlin

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des
Freistaates Sachsen, Dresden

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des
Landes Brandenburg, Potsdam

Weitere Mitglieder

Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär,
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Wolfgang Blasig, Landrat des Landkreises
Potsdam-Mittelmark, Bad Belzig

Dr. Rolf Böhnke, Ministerialrat a.D., Bonn

Joana Breidenbach, Sozialunternehmerin,
Mitgründerin von betterplace.org, Berlin

Guido Déus MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-
Westfalen, Düsseldorf

Stefan Engstfeld MdL, Mitglied im Landtag
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Bettina Fortunato MdL, Mitglied im Landtag
Brandenburg, Potsdam

Julia Friedlander, Geschäftsführerin Atlantik-
Brücke, Berlin

Dr. Irene Heuser, Stellvertretende Abteilungs-
leiterin der Abteilung für Europaangelegenheiten,
Ministerium der Finanzen und für Europa des
Landes Brandenburg, Potsdam

Dr. Anna Hochreuter, Abteilungsleiterin
für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und
Betriebe des Landes Berlin

Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister a.D., Altena

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Volkmar Klein MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Michael Köhler, Stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, Europäische Kommission, Brüssel



Simultanübersetzung beim Dresdner Forum 2022

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Berlin

Alexander Graf Lambsdorff MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales, Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Claudia Lücking-Michel, Geschäftsführerin, AGIAMONDO e.V., Köln

Thomas Nückel MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Roland Popp, Analyst/Historiker Strategische Fragen/Internationale Beziehungen an der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

Dr. Norbert Röttgen MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Michael P. Sommer, Consultant im Bereich Entwicklungsfinanzierung, Stiftungsmanager bei der BANK IM BISTUM ESSEN eG, Rechtsanwalt

Verica Spasovska, Leiterin des Bereichs Events, Deutsche Welle, Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbands Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), Berlin

Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister a.D. der Bundesstadt Bonn

Octavian Ursu, Oberbürgermeister der Stadt Görlitz

Elke Weißer, Geschäftsführerin und pädagogische Leiterin, Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ), Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Beirat

Vorsitzende des Beirats

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftlerin, Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Lothar Brock, Assoziierter Forscher sowie Projektleiter, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/Main, Seniorprofessor für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Prof. Dr. Claudia Derichs, Professorin für Transregionale Südostasienstudien, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin a.D., Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin

Prof. Dr. Maja Göpel,
Transformationsforscherin, Berlin

Ingrid-Gabriela Hoven, Mitglied im Vorstand
der Deutschen Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Eschborn

Prof. Dr. Andrea Liese, Professorin für
Internationale Organisationen und Politikfelder,
Universität Potsdam



Dresdner Forum für Internationale Politik 2022: Dominik Steiger, Professor für Völkerrecht, Europarecht und Öffentliches Recht, Technische Universität Dresden und Mitglied im sef: Beirat

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand,
Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber, Präsident der
European Association of Development Research
and Training Institutes (EADI), Uppsala

Andreas Proksch, Ehemaliger Leiter des Bereichs
Sektor- und Globalvorhaben (GloBe), Deutsche
Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH, Bonn

Prof. Dr. Jakob Rhyner, Professor für
Globalen Wandel und systemische Risiken,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Wissenschaftlicher Direktor des Innovation Campus
Bonn (ICB)

Prof. Dr. Conrad Schetter, Direktor, Bonn
International Centre for Conflict Studies (BICC)

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior
Fellow am Institut für Interkulturelle und
Internationale Studien, Universität Bremen

Prof. Dr. Dominik Steiger, Professor für
Völkerrecht, Europarecht und Öffentliches Recht,
Technische Universität Dresden

sef: Team

Dr. Marcus Kaplan (ab 04/2022)
Geschäftsführer

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Larissa Neubauer
Wissenschaftliche Referentin

Ingo Nordmann
Wissenschaftlicher Referent

Dr. Michèle Roth (bis 03/2022)
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationen und Förderungen 2022

Im Jahr 2022 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Partnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Expertinnen und Experten als auch finanziell wesentlich zum Gelingen der Vorhaben bei.

Wir danken:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
- Stiftung Frauenkirche Dresden
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2022 Mitglied in folgenden Foren:

- Academic Council on the United Nations System (ACUNS)
- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2022 in chronologischer Reihenfolge

Veranstaltungen

Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“

Konkurrenz um Land: Ansätze für einen
konfliktsensiblen Klimaschutz

24. März 2022

Fokus: Klimawandel

Potsdamer Frühjahrsgepräche 2022 – Online

Climate change and conflicts – preventive strategies
of African regional organisations

29./31. März und 5./7. April 2022

Fokus: Klimawandel



sef: Policy Lunch Mai 2022

Das multilaterale System fit für die Zukunft machen
– Die Rolle der Europäischen Union bei der Stär-
kung des Völkerrechts

31. Mai 2022

Fokus: Global Governance für globale Krisen

sef: Session beim Deutsche Welle Global Media Forum

The false fight against fake news –
Anti-disinformation laws and press freedom

20. Juni 2022

Fokus: Global Governance für globale Krisen

Dresdner Forum für Internationale Politik 2022

Die Pandemie als mehrdimensionale Krise – An-
sätze für erfolgreiche internationale Reaktion und
Prävention

30. Juni – 01. Juli 2022

Fokus: Pandemie

Berliner Sommerdialog 2022 – Online

Saving the environment, fostering peace?
Opportunities and risks of environmental
peacebuilding practices

20. – 29. September 2022, vier Sessions

jeweils Dienstags und Donnerstags

von 15.00-16.30 Uhr (MESZ)

Fokus: Klimawandel

Bonn Symposium 2022

Kommunale Lösungen für globale Risiken:
Katastrophenvorsorge für nachhaltige Entwicklung

7. – 8. Dezember 2022

Fokus: Klimawandel

sef: Policy Lunch Dezember 2022 – Online

Mehr Kooperation und Gerechtigkeit in der globalen
Gesundheitsarchitektur? Ein neuer internationaler
Vertrag zur Pandemieprävention

15. Dezember 2022

Fokus: Pandemie

Publikationen (deutsch | englisch)

GLOBALE TRENDS.ANALYSEN

GLOBALE TRENDS.ANALYSEN 01|2022

Klimawandel, gewaltsame Konflikte und
Environmental Peacebuilding: Die
Zusammenhänge verstehen

Tobias Ide, August 2022

Fokus: Klimawandel

GLOBALE TRENDS.ANALYSEN 02|2022

COVID-19 und digitaler Autoritarismus: Risiken
erkennen, Gegenmaßnahmen ergreifen

Ahmed Maati, Dezember 2022

Fokus: Pandemie

Global Governance Spotlight

Global Governance Spotlight 1|2022

Das Völkerrecht neu beleben: Das multilaterale
System zukunftsfähig machen

Maja Groff, Mai 2022

Fokus: Global Governance für globale Krisen

Global Governance Spotlight 2|2022

Neue Impulse für die Agenda 2030 – Warum eine
vierte Weltkonferenz zur Entwicklungsfinanzierung
überfällig ist

Bodo Ellmers, September 2022

Fokus: Global Governance für globale Krisen

Global Governance Spotlight 3|2022

(K)ein Allheilmittel zur Reform der Globalen
Gesundheitspolitik – Versprechen und Gefahren
eines neuen Pandemievertrags

Anna Holzscheiter, Dezember 2022

Fokus: Pandemie

Öffentlichkeitsarbeit

Video-Aufzeichnungen zu den Online-Veranstaltungen

Shortclips zu Online- und Präsenzveranstaltungen

sef/INEF News (deutsch/englisch)

Im Jahr 2022 sind 7 Ausgaben der sef/INEF News
erschienen: Februar, März, Mai, Juni, September,
Oktober und Dezember

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2021

Jahresbericht, März 2022

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 | Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org |  @sefbonn

www.sef-bonn.org